

talk was supported by scenes from various films made by his family.

Herbert Haberberg

Glasgow Side of a Conflict Rarely Acknowledged

Larry Rich, of the Emek Medical Center, told us stories of interactions between Israelis and Arabs involving compassion – a side of the conflict which is rarely acknowledged.

Halina Moss

Suitcase in the North West

Twenty AJR members, including seven Kinder, went to see *Suitcase* at Manchester's Piccadilly Station. The next day ten Merseyside AJR members, including two Kinder, saw it at Liverpool's Lime Street Station.

'*Suitcase* was very moving and portrayed the Kindertransport journey to England with accuracy and sensitivity' – Margot Showman

'*Suitcase*, a very beautiful and thoughtfully written play, was performed in separate sketches in different parts of the station. These sketches were very true to the time of the Kindertransport. I was very moved by the whole performance' – Sonja Sternberg

FAMILY ANOUNCEMENTS

Death

Joseph George Strauss, 1919-2013, of Wimbledon and Cambridge passed away after a short illness. He is greatly missed by his children Leonie, Julian and Daniel and their spouses Tony, Virginia and Anne; seven grandchildren; niece Jacqueline and her husband Walter; and nephews Michael and Antony.



Rebecka Scherer (Manchester) and Harvey Ottman (Leeds) met up again after 75 years at an AJR visit to the Manchester Jewish Museum. Both had lived in the small Jewish community of Gladbeck. Rebecka remembers Harvey as a very bright boy at *cheder!*

JANUARY GROUP EVENTS

Pinner	2 Jan	Margery Cohen: 'An Indian Childhood'
Hull	5 Jan	Sara Mack: Calligraphy
Ealing	7 Jan	Winter Warmer – Social Get-together
St John's Wood	8 Jan	Tracy Childs and Andrew Hall, Producer and Director of <i>Kindertransport</i> the play Discussion
Glasgow Book Club	9 Jan	David Barnett: 'All-England Champion Daniel Mendoza'
Essex (Westcliff)	14 Jan	At Bridge Club
Didsbury	15 Jan	Social
Edinburgh CF	15 Jan	Alf Keiles: Jazz Programme
Radlett	15 Jan	Winter Warmer – Social Get-together
Brighton-Sarid (Sussex)	20 Jan	At home of Louise Elliott
Prestwich/Whitefield	20 Jan	Tracy Childs and Andrew Hall, Producer and Director of <i>Kindertransport</i> the play
Edgware	21 Jan	Prof Paul Weindling: Holocaust Memorial Lecture
Northern Groups	21 Jan	Laura Levy: "L" – Jewish Life in the 13th Century'
Wembley	22 Jan	Joint HMD event at Museum of Liverpool
Liverpool	26 Jan	Social
Sheffield	26 Jan	Social Get-together
Surrey	26 Jan	Social Get-together
Liverpool	27 Jan	Civic HMD event at Liverpool Town Hall
Sheffield	27 Jan	National HMD
Bradford	28 Jan	Social
North West London	28 Jan	Ruth Berman: Extend Exercises – get fit while sitting down
North London	30 Jan	Colin Davey: 'From the West End to the City – a Lawyers Life'

Eric Sanders made honorary member of Austrian Society for Exile Studies

AJR member Eric Sanders, 94, has been made an honorary member of the Österreichische Gesellschaft für Exilforschung (Austrian Society for Exile Studies).

The ceremony took place at the British Embassy in Vienna in December.

CONTACTS

Hazel Beiny
Southern Groups Co-ordinator
07966 887 434
hazel@ajr.org.uk

Wendy Bott
Yorkshire Groups Co-ordinator
07908 156 365
wendy@ajr.org.uk

Susanne Green
North West Groups Co-ordinator
0151 291 5734
susanne@ajr.org.uk

Susan Harrod
Groups' Administrator
020 8385 3070
susan@ajr.org.uk

Agnes Isaacs
Scotland and Newcastle Co-ordinator
07908 156 361
agnes@ajr.org.uk

Kathryn Prevezer
London South and Midlands Groups Co-ordinator
07966 969 951
kathryn@ajr.org.uk

Esther Rinkoff
Southern Region Co-ordinator
07966 631 778
esther@ajr.org.uk

KT-AJR (Kindertransport)
Andrea Goodmaker
020 8385 3070
andrea@ajr.org.uk

Child Survivors Association-AJR
Henri Obstfeld
020 8954 5298
H.obstfeld@talk21.com

A MORNING AT THE MOVIES
Wednesday 29 January 2014
10.30 am for 11.00 am (prompt) start

PHILOMENA



Starring
Dame Judi Dench and Steve Coogan



We are delighted to be able to offer seats at £5. The cinema is opposite Belsize Park Tube Station on the Northern Line.

To book your seat, please contact Susan Harrod at susan@ajr.org.uk or on 020 8385 3070.

mitunter etwas waghalsig anmutende Vergleich mit Verganem taucht an mehreren Stellen auf. Nur eine fundierte Auseinandersetzung mit Mehrheits- und Minderheitenbeziehungen könne zu Konfliktlösungen und Entschärfungen beitragen, mahnen die Autoren.

Im letzten Abschnitt „Zur aktuellen Lage“ stehen verschiedene Aspekte heutiger Zustände von Mehrheits-Minderheitsverhältnissen und der gesellschaftliche und politische Umgang damit im Mittelpunkt. Der Vorrang des ökonomischen Nutzens in gesellschaftlichen Fragen und eine zunehmende Entsolidarisierung, beides Ergebnis der Doktrin des Neoliberalismus, werden als gefährliche Tendenzen kritisiert. Aktuelle Phänomene wie der in „Mode“ gekommene Minderheitenstatus oder die wiederkehrende Angst vor „hohen Fruchtbarkeitsraten“ von Minderheiten, werden skeptisch beleuchtet.

Am Ende des Buches plädieren die Autoren für eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema, welche das Tabuisieren und Totschweigen, die Bagatellisierung von Problemen, ausschließt. Sie sehen nicht zuletzt eine laizistische Gesellschaft, die den religiösen Fundamentalismus aller Konfessionen ablehnt, als Bastion gegen einen konfliktreichen Umgang mit Minoritäten.

Exil in Schweden

Es sind die Geschichten der „im Exil in Schweden“ Überlebenden, die das Buch zu etwas Besonderem machen, und die Reflexionen ihrer Nachkommen, für die sich die Begriffe Heimat und Exil umgekehrt hatten. Von den Überlebenden erfahren wir auch die Geschichten jener, die nicht überlebt haben, die zurückbleiben mussten, deportiert und ermordet wurden. Festgehalten wurden die Erinnerungen auf der Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (öge) zum österreichischen Exil in Schweden. Sie fand im Juni 2010 in der Residenz des schwedischen Botschafters in Wien statt. Umrahmt wurden die persönlichen Erfahrungen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Flüchtlingspolitik des Aufnahmelandes Schweden, zu den Institutionen, die die Auswahl der Aufzunehmenden und damit indirekt Entscheidungen über Leben und Tod trafen, die engagierte Fluchthilfe und Unterstützung im Exil leisteten. Die Tagungsbeiträge bilden die Basis für den Ende 2013 erschienenen Sammelband. Ermöglicht wurde er dank der Unterstützung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, des Zukunftsfonds der Republik Österreich, des Kulturamtes der Stadt Wien, Abteilung für Wissenschafts- und Forschungsförderung, sowie der Schwedischen Botschaft in Wien, die auch mit den Grußworten der Botschafter Nils Daag und Hans Lundborg ihr Engagement dokumentiert.

Die Tagung fand zu Ehren Otto Binders statt. Das Ehrenmitglied der öge hätte 2010 seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. Erinnerungen

Die „mehrfache Radikalisierung“ erscheine „bereits als unmittelbare Bedrohung am Horizont“.

Die Kapitel in diesem Buch sind von einer Vielseitigkeit an Zugängen geprägt. Sie kommen ohne theoretische Konstrukte aus und verärgern den Leser an keiner Stelle mit unnötigen Fachtermini. Hier werden keine Erklärungsmodelle erstellt, sondern Zusammenhänge und Komplexitäten mit Hilfe von Beispielen und dem Aufgreifen unterschiedlicher Teilaspekte aufgedeckt.

Durch diese Vorgangsweise könnten jedoch auch Erwartungen enttäuscht werden. Die Beiträge bewegen sich in einem Übergangsbereich zwischen wissenschaftlicher Studie und Essay. Es wird nicht mit Fußnoten gearbeitet, wenn auch jedem Beitrag eine Liste an Verweisen und Anmerkungen nachgestellt ist. In dem Umkreis des Gegenstandes wird den aufgegriffenen Exempeln wenig Platz eingeräumt, durch den rasanten Themenwechsel bricht die Analyse mitunter zu rasch ab.

Die große Anhäufung von Wissen und Annäherungen, die dem Leser zuteil werden, die aufwendige Recherche- und Gedankenarbeit der Autoren lassen dennoch niemals den Eindruck von Oberflächigkeit entstehen.

an seine außergewöhnliche Vita und Person ziehen sich wie ein roter Faden durch das Buch. Mit einem autobiographischen Text, in dem er von der „skurrilen Hölle“ der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, der „Angst und Beklommenheit“ in der Stadt Wien des Jahres 1939 und über die Formung durch das Exilland Schweden schreibt, ist er selbst präsent.¹ In ihrem Grußwort rückt Österreichs in Schweden geborene First Lady Margit Fischer, die Tochter von Anni und Otto Binder, zudem die Verdienste der Mutter in den Blickpunkt. „Eine einfache junge Frau aus Saalfelden“ wurde zum „ruhenden Pol während der Emigration“, wie die innigen Fotos aus dem Album der Jungfamilie belegen, und zum „Fundament seiner erfolgreichen Rückkehr nach Wien“. Margit Fischer stellt dem langen Nicht-Reden-Können oder -Wollen vieler Vertriebenen der ersten Generation die hohen Nachfrage-Hemmschwellen der nächsten Generation zur Seite.

Der bekannte Zeitgeschichtler Oliver Rathkolb, der Otto Binder persönlich kannte und seine biographische Annäherung und die Kontextualisierung einer „Persönlichkeit aus einer anderen Zeit“ auf ein Interview aus dem Jahr 1985 stützen konnte, fand in ihm einen „in der Retrospektive versöhnlichen Analytiker der Vergangenheit“. Dabei war der Sozialdemokrat jüdischer Herkunft nach dem Februar 1934 drei Monate inhaftiert, im April 1938 in das KZ Dachau und später in das KZ Buchenwald deportiert worden. 1939 wurde er auf Antrag seiner Mutter entlassen und bekam mithilfe des „Matteotti-Komitees“ ein Visum für Schweden.

Der Gegenstand dieses Buches, soviel wird deutlich, ist den Autoren ein persönliches Anliegen, sie beziehen sich selbst in die Diskussionen, die sie anregen, mit ein. Sie bringen ihre persönlichen Meinung in dezentem Ausmaß zur Sprache, sei es in der Warnung vor heutigen Gefahren oder in Forderungen und Wünschen an Gesellschaft und Politik. Ein säkulares, laizistisches und demokratisches Weltbild ist eines dieser Anliegen und zugleich ein Lösungsmodell der Autoren. Denn: „Dieses ist die europäische Tradition, welche es zu bewahren gilt, nicht jene eines christlichen Abendlandes!“ Abgesehen davon, dass auch ein aufgedärrtes Weltbild einer genauen kritischen Erörterung bedarf, ist die historische Wirklichkeit eines christlichen Abendlandes, ob man diese will oder nicht, wohl nicht so einfach abzuschütteln. Der Umgang mit Minderheiten, das vermag dieses Buch zu vermitteln, ist auch und in hohem Ausmaß vom Selbstverständnis einer Gesellschaft abhängig.
Thassilo Hazod

Jost W. Kramer, Robert Schediwy: Minderheiten. Ein tabubelastetes Thema. Berlin: LIT Verlag 2012. 174 S. Euro 29,90

Das sozialdemokratische Engagement, das im Nach-Februar-34-Österreich zu Gefängnis und Jobverlust geführt hatte, wurde in Schweden, wo der Versicherungsexperte erst zum Metallarbeiter umfunktioniert wurde, zum Atout für das Überleben. 1949 kehrte die Familie Binder nach Österreich zurück und zehn Jahre später wurde Otto Binder für 22 Jahre Generaldirektor der Wiener Städtischen Versicherung, jenem Unternehmen, das ihn 1934 wegen der Haft fristlos entlassen hatte.

Die uns stets präsente Exilforscherin Siglinde Bolbecher thematisierte anhand ihrer Präsentation über „Anni und Otto Binder“, die von ihrem Mann Konstantin Kaiser als Buchbeitrag fertig gestellt wurde, Charakteristika der österreichischen Exilkultur. Sie belegt die Bedeutung von politisch-privaten Netzwerken im Exil, die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als Teil der Exilbiographik und die Auswirkung der Spaltung des Exils für die Situation der Rückkehr. Mit ihrem genauen Blick auf menschliches Leiden spricht sie von der „Qual des Exils“: „Die politischen Gegner des Nationalsozialismus und die rassistisch Verfolgten ‚gingen ins Exil‘ – diese Formulierung unterstellt, das ‚Exil‘ sei als bezugsfertiges Gebäude irgendwo auf der Welt bereitgestanden, und unterschlägt, dass das ‚Exil‘ von den Vertriebenen erst erkämpft und erschlichen, erkauf und erbettelt werden musste.“ Sie verweist darauf, dass im Exil die angsterfüllte Ungewissheit über das Schicksal der zurückgebliebenen Verwandten und Freunde anhielt, begleitet von verzweifelten Bemühungen, diese Menschen zu retten. Für Hermine

Binder, die ihren Sohn nach dem Tod des Vaters bei einem Eilmarsch im Ersten Weltkrieg die Schule finanziert und ihn 1939 aus dem KZ freibekommen hatte, lag seit Jänner 1942 ein schwedisches Visum am Konsulat, doch die deutschen Behörden stellten keine J-Pässe mehr aus. Mutter Hermine, Schwester Heddy und Tante Frieda wurden 1942 in Maly Trostinec und Auschwitz ermordet.

Für Otto Heinz begann das Exil schon 1934, als er seinem Vater Karl Heinz, Sekretär des Schutzbundes, mit einem fremden „Ersatzvater“ im Zug nach Brünn nachreiste. „Das war der Anfang einer langen Reise“, die weiter nach Schweden und Kalifornien führte und die die Familie nicht mehr zurück nach Wien brachte. 1948 heiratete er eine Studienkollegin und gebürtige Wienerin, drei Söhne wurden geboren. Er begann seine Arbeit als Physiker. Im Gegensatz zum Sohn hatte der Vater ernsthaft erwogen zurückzukehren, war aber unsicher, welcher Empfang ihn dort erwartete. Er starb 1965 in Berkeley.

Helena Lanzer-Sillén kam im Februar 1939 achtjährig mit einem Kindertransport zu einer österreichischen Familie nach Schweden, Mutter und Schwester folgten. Die Mutter Wanda Lanzer, geborene Landau, war als Bibliothekarin bei der Arbeiterkammer Wien angestellt und ehrenamtlich Direktorin der Arbeitermittelschule. Der Vater, einmal von der Hausbesorgerin rechtzeitig gewarnt vor fremden Männern, die ihn abholen wollten, war Monate später zum Verschwinden gebracht worden. Helena Lanzer-Sillén blieb in Schweden, gründete eine Familie, arbeitete für den schwedischen Gewerkschaftsbund und wurde Direktorin beim Schwerhörigenverein in Stockholm. „In Schweden bin ich zu Hause, komme aber sehr, sehr gern nach Österreich, wo ich mir durch meine vielen Besuche beinahe mehr Freunde als in Schweden geschaffen habe.“ Die Mutter, die Arbeit im Archiv der Sozialdemokratischen Partei gefunden hatte, kehrte in ihrer Pension nach Wien zurück, als sie gebeten wurde, den Nachlass von Victor und Fritz Adler zu ordnen.

Hellmut Weiss, 1921 in Wien-Währing geboren, konnte als 17-Jähriger die Schwedische Israel-Mission, die schon einen kleinen Bruder per Kindertransport gerettet hatte, mit eifriger Teilnahme an Bibelstunden überzeugen, sich für seine Aufnahme in Schweden einzusetzen. Seine Mutter, deren jüdische Eltern Täufischeine erstanden hatten, wurde denunziert, von der Gestapo verhaftet und 1943 mit ihrem zehnjährigen Sohn nach Auschwitz deportiert. Hellmut Weiss arbeitete später in der schwedischen Industrie als Ingenieur, heiratete eine Schwedin und sah keinen Grund in ein Land zurückzukehren, in dem „er ja zudem nicht willkommen“ sei. Es bestünden aber „liebe Verbindungen mit Österreich und Österreich“, er sei Schwede und Österreicher zugleich. Sein Sohn Lennart Weiss, der sich als Schwede mit österreichischen Wurzeln bezeichnet, beschreibt seine Germanistik-Dissertation über den Wiener Journalisten und

Schriftsteller Raoul Auernheimer, einen Großonkel des Vaters, als späte „Spurensuche, Reise in eine vergangene Welt, die meinen Verwandten, die nicht weiterleben durften oder Österreich verlassen mussten, gehörte.“²

„(M)Eine Kindheit in Schweden“ nennt Miguel Friedmann, in Kolumbien geborener und in Schweden aufgewachsener, in der öge und der Theodor Kramer Gesellschaft engagierter Wiener Naturwissenschaftler seinen Beitrag und impliziert damit eine individuelle, aber von der Zeit maßgeblich geprägte Kindheit. Die Eltern Hans Friedmann, Sohn einer gutbürgerlichen jüdischen konservativen Familie, und Christina, geb. Popper, einzige Tochter eines Wiener jüdischen Arztes und einer nichtjüdischen Ärztin, waren im März 1938 Studenten der Chemie der Universität Wien. In seinen nicht publizierten Lebenserinnerungen hielt der Vater fest: „Es war klar, dass man als Jude und Kommunist nicht im Lande bleiben konnte.“ Im Exil in Kolumbien wollten die nunmehrigen Eltern von drei Kindern nicht bleiben. Sie optierten für ein Zwischenexil. „In Schweden fühlte ich mich als Kind tief verwurzelt, und als schließlich die Eltern für das Jahr 1953 ihre Rückkehr nach Österreich planten, begann ich schon, um meine Freunde und das Land Schweden zu trauern.“ Aber Österreich war „nicht (nur) grau“, es bot „atemberaubend hohe Berge und liebe neue Freunde“. Und Miguel Friedmann hatte „lange kein besonderes Bedürfnis auf Reisen zu gehen, denn es schien mir, ich hätte diese schon erledigt.“

„Aus den Aufzeichnungen meines Vaters Paul Böhm“³ zitierte Tomas Böhm, Stockholmer „Arzt, Psychiater und Psychoanalytiker“ und „ein typischer Vertreter der zweiten Generation von Flüchtlingen“. Aber er war es eigentlich schon in dritter Generation. Großvater Vilmos Böhm, ungarischer Arbeiterführer und Sozialdemokrat, war 1919 nach Wien geflohen. Seit dem Mord an Dollfuß hatte die Familie in Bratislava gelebt. Mutter Klara, deren große Wiener Familie nach England, Frankreich, Australien, in die USA, nach Venezuela, Shanghai und Schweden geflohen war, hatte Bilder vom Großglockner und vom Stephansdom an der Wand hängen. Die Wohnung der Böhms war Treffpunkt der österreichischen Flüchtlingsgemeinde. „Die Verantwortung, Kinder in das hungernde Wien zu bringen, wollte ich jedoch nicht auf mich nehmen“, beschrieb Paul Böhm die Gründe für die Nicht-Rückkehr. Als Vertreter österreichischer Industrieunternehmen in Schweden hatte er viele Kontakte nach Österreich, aber es gab noch offene Wunden. Als eine späte Einladung zu einem Maturatreffen einlangte, schrieb er an die ganze Klasse, „was während des Krieges geschehen war, was Herr G. als Nazi-Spion getan hatte, welche Klassenkameraden ermordet worden waren, darunter Sozialisten und Juden, und welche Schul- und Klassenkameraden daran Schuld trugen.“ Sohn Tomas setzte sich auch beruflich umfassend mit den Folgen des Traumas der Vertreibung auseinander, das sein Vater

Paul seiner Meinung nach unterschätzt habe, und entdeckte für sich die jüdische Identität, die die Eltern zugunsten der politischen Ideale zurückgestellt hatten.

Die Familie Popper kehrte nach Österreich zurück und war eng mit der Binder-Familie befreundet. Für Lutz Popper, öge-Vorstandsmitglied und Mediziner, der bis zu seiner Pensionierung die Abteilung für Urologie in Oberwart leitete, war es eine Rückkehr wider Willen. „Mein Bruder und ich erlebten das Trauma vom Verlust der Heimat erst in dem Augenblick, als wir Bolivien verließen ... unsere gefühlte Heimat.“ Der Vater, ein Arzt, wollte zurück nach Europa, wie seine Briefe an einen Schweizer Freund und Kollegen belegen⁴, um seinen „Beruf nach ethisch-moralischen Grundsätzen auszuüben, seine Kinder qualitativ adäquat und humanitär zu erziehen und menschlichen Kontakt zu ähnlich denkenden Freunden“ zu haben. Über das Vorhandensein von Antisemitismus hatte er keine Illusionen, ihn gäbe es überall, aber „zu Hause bin ich höchstens der ‚Jude‘ und nicht noch obendrein der ‚Ausländer‘. Denn an meiner Bodenständigkeit werden auch die wüstesten Antisemiten nichts aussetzen können.“ Der Sohn diagnostizierte – auch bei den Vertriebenen – Verdrängung im Hinblick auf das Ausmaß der Verbrechen des NS-Regimes: „Auch mein Vater hat erst nach dem Jahr 1970, am Ende seines Berufslebens, damit begonnen, seine Erinnerungen aus der Zeit vor dem Krieg, die er verdrängt und vergraben hatte, wieder ins Bewusstsein zu entlassen. Er begann zu recherchieren, was denn mit seinen Verwandten geschehen wäre, wo sie sich, so sie am Leben waren, aufhielten.“ Während der Vater nach der Rückkehr von Anfang an um Zweckoptimismus bemüht war – so schrieb er dem Freund im November 1947, dass man sich „schon ganz schön hier eingelebt“ habe und sich freue, „den Kindern nach so vielen Jahren ein richtiges Weihnachtsfest bereiten zu können“ – und seine abrupt getrennten Karrierefäden wieder aufnehmen wollte („Die Aussichten auf eine Wiederaufnahme meines Habilitationsverfahrens stehen nicht ungünstig“⁵), suchte der Sohn noch viele Jahre später nach Antworten, warum „überhaupt Menschen, die man gedemütigt und beraubt, deren Verwandte man teilweise ermordet hatte, jemals wieder in die Heimat der Täter zurückgekommen“ sind.

„Der Generation meines Vaters scheint eine übermäßige Versöhnungstendenz eigen“, formulierte Peter Kreisky seine Irritation und versuchte eine Erklärung: „Vermutlich auch weil sie froh darüber war, dass die Gegenwart unvergleichbar war zur sozial und politisch zugespitzten Situation der Zwischenkriegszeit. Antidemokratische und antisemitische Tendenzen waren zwar immer wieder merkbar, hatten aber nicht in selbem Maße die gesellschaftliche Situation durchdrungen.“ Der 1944 in Stockholm Geborene, der als „Kind eines nach Österreich rückkehrenden Vater und einer ihr Heimatland Schweden verlassenden Mutter ... immer

zwischen diesen beiden Erfahrungen“ stand, war 1951 „übersiedelt worden“. Mit 14 oder 16 Jahren konnte er sich entscheiden, ob er österreichischer oder schwedischer Staatsbürger sein wollte, und entschied sich für Österreich. Es war keine politische, sondern eine Entscheidung für die Natur Österreichs, schreibt er. Die Landschaft und die hohen Berge standen gegen den „austrofaschistischen Rest-Ungeist oder den abgeschwächten Altnazi- oder Neonazi-Ungeist“. Seine Präsentation gestaltete Eva Kreisky zum Buchbeitrag. Peter Kreisky, Siglinde Bolbecher und Tomas Böhm ist dieses Buch gewidmet. Sie haben sein Erscheinen nicht mehr erlebt.

Herausgegeben wurde der Sammelband von Irene Nawrocka, wissenschaftliche ÖAW-Mitarbeiterin am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (Österreichisches Biographisches Lexikon). Sie engagiert sich in der Exilforschung, institutionell als Vorstandsmitglied der Theodor Kramer Gesellschaft, im wissenschaftlichen Beirat und der FrauenAG der öge. Ihrem Studium der Skandinavistik (neben der Germanistik und der Vergleichenden Literaturwissenschaften) verdanken wir Auswahl und Übersetzung von zwei wichtigen Buchbeiträgen der Historiker Klas Åmark, der kritisch und umfassend die schwedische Flüchtlingspolitik analysiert, und Henrik Rosengren, der die komplexen Exil-Lebensläufe der Musiker Maxim Stempel und Hans Holewa darstellt. In ihrem Vorwort skizziert Irene Nawrocka die prekäre politische und wirtschaftliche Situation des Exillandes Schweden, das dem bedrohlichen Handelspartner Deutschland weitreichende Zugeständnisse machte. So konnte der Bermann-Fischer Verlag im schwedischen Exil die unter dem Titel „Briefe der deutschen Vertriebenen“ geplante Sammlung von Emigrantenbriefen, an deren Auswahl Thomas Mann, Franz Werfel, Carl Zuckmayer und Alfred Döblin beteiligt sein sollten, nicht realisieren, weil die schwedische Presse Befürchtungen geäußert hatte, die Sammlung könnte Hetzbriefe gegen Deutschland enthalten.⁶ Die Zeittafel im Anhang durchmisst die Zeit zwischen Jänner 1933 und 30. August 1946, als die Österreichische Vereinigung in Schweden (ÖVS) erstmals einen Rückkehrtransport mit ca. 160 ÖsterreicherInnen, darunter auch Wehrmachtsdeserteuren, organisierte. Ihr entnehmen wir beispielsweise, dass sich König Gustav V. im Oktober 1941 persönlich in einem Brief an Hitler für den Kampf gegen den Bolschewismus bedankte, aber auch, dass Schweden im Oktober 1943 die 7.000 geflohenen Juden aus Dänemark aufnahm. Der Beitrag über Raoul Wallenberg von Tanja Schult und der Überlebensbericht von Walter Heller, der 1944 in Budapest mit einem schwedischen Schutzpass dem Tod entkam, belegen, dass Schweden auch außerhalb ihres Landes Flüchtlingsleben retteten.

Aussagen zur Struktur des Exils ermöglicht das ÖAW-Forschungsprojekt zur namentlichen Erfassung des österreichischen Exils in

Schweden, das Simon Usaty, Historiker und Mitarbeiter der am öge, 2012 abschloss und im Buch vorstellt. 614 Personen von den 700 bis tausend Flüchtlingen, von denen die Literatur ausgeht, konnten auf Basis einer Vielzahl von Quellen und Archiven namentlich erfasst und in eine Datenbank integriert werden. 59,6 Prozent waren Männer. Die größte Alterskohorte (43,5%) stellten Flüchtlinge, die zwischen 1900 und 1919 geboren waren. Von mindestens 368 Personen (59,9%) konnte festgestellt werden, dass sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft von rassistischer Verfolgung betroffen waren. Bei vielen spielte aber sowohl die Herkunft als auch die politische Betätigung als Fluchtgrund eine Rolle. Mindestens 53 wurden von der Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung betreut. 157 der im Projekt erfassten Personen (64% davon unter 18 Jahren) wurden von der Israelmission nach Schweden gebracht, der im Buch ein eigener Beitrag von Thomas Pammer gewidmet ist. 34 österreichische Wehrmachtsdeserteure, die Schweden zwischen 1941 und 1945 erreichten, konnten namentlich ausfindig gemacht werden, unter ihnen der Tiroler Josef Huber, der eine Gruppe von 18 Leuten nach Schweden führte. Von den etwa hundert Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, die im April 1945 vom schwedischen Roten Kreuz/Graf Bernadotte gerettet wurden, sind 27 Namen und Lebensläufe bekannt, wie jene der österreichischen Widerstandskämpferinnen Lisa Gavrić und Mela Ernst aus dem KZ Ravensbrück. Usaty hat zudem eine Vielzahl von Kurzbiografien v/erfasst, die zusätzlichen Flüchtlingen, darunter auch vielen Frauen, nicht nur Namen, sondern auch Kontur verleihen. Im Anhang findet sich die Namensliste aller erfassten österreichischen ExilantInnen in Schweden.

Was fehlt in dieser Fülle an neuen Einblicken und Analysen? Mit Ausnahme von Helena Lanzer-Sillén, die auch Mutter Wanda Lanzer und Großmutter Helene Bauer, Mitarbeiterin und Gattin von Otto Bauer, mit ihren Erzählungen lebendig werden lässt, kommt kein weiblicher Flüchtling selbst zu Wort, auch nicht über schriftliche Erinnerungen, Briefe oder andere Selbstzeugnisse. Dabei spielt gewiss der deutlich geringere Anteil der Frauen im Exil eine Rolle, der wiederum die Aufnahmeprioritäten Schwedens widerspiegelt. „Aufgenommen wurden vor allem politische Flüchtlinge. Meist waren dies Männer, vor allem Sozialdemokraten, die die schwedischen Behörden bereitwillig aufnahmen. Rassistisch Verfolgte – vorwiegend Juden – wurden bereits durch die Gesetzesvorlage diskriminiert, da man sie nicht als Flüchtlinge anerkannte“, merkt Klas Åmark dazu kritisch an.

Ein Grund war vermutlich auch die häufige Bildungshierarchie der Geschlechter, die erst der bekannteste schwedische Exilant, der österreichischer Bundeskanzler wurde und die Zweite Republik maßgeblich prägte, abschaffte. Bruno Kreisky, durch den das schwedische Exil im kulturellen Gedächtnis Österreichs weitaus stärker verankert ist als es die Zahl der

Aufgenommenen vermuten ließe, ist kein eigenes Kapitel gewidmet. Er ist trotzdem omnipräsent im Buch, nicht nur im Beitrag seines Sohnes. Oliver Rathkolb, der Biograph Bruno Kreiskys, zeigt Parallelen in den Lebensläufen Kreiskys und Otto Binders auf. Siglinde Bolbecher belegt seinen Pragmatismus mit einem Zitat aus dem Jahr 1939: „Wir sind für die Wiederherstellung eines selbständigen Österreichs; ob wir eine Nation sind oder nicht, darüber werden wir reden, wenn es dieses selbständige Österreich gibt.“ Der deutsche Historiker Helmut Müssener, Emeritus der Universität Stockholm und Autor eines Standardwerkes über das Exil in Schweden, führt in seiner umfassenden Analyse, die u.a. auf Institutionen, AkteurInnen, Publikationen und Divergenzen des Exils eingeht, zahlreiche Beispiele für die rührigen, die österreichische Kontinuität betonenden Bemühungen Kreiskys an, seinen Landsleuten zu helfen. So erreichte er, dass österreichische Militärfüchtlinge als politische Flüchtlinge anerkannt und aus den Internierungslagern entlassen wurden. Das Exilland prägte den späteren Bundeskanzler – Zitat Kreisky: „Schweden war für mich das große Erlebnis einer funktionierenden und lebendigen Demokratie.“ – und damit nach der Rückkehr das Land, das beginnend mit dem Februar 1934 seine politische und/oder „rassisch“ nicht opportunen Töchter und Söhne vertrieben hatte.

Helene Belndorfer

Irene Nawrocka (Hg.): Im Exil in Schweden. Österreichische Erfahrungen und Perspektiven in den 1930er und 1940er Jahren (Buchreihe der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung, hg. von Fritz Hausjell, Konstantin Kaiser, Sandra Wiesinger-Stock, Bd. 3). Wien: Mandelbaum 2013. 307 S. Euro 24,90

Anmerkungen

1 Erstmals veröffentlicht wurde der Text in: Erinnerungen an Schweden. Österreicher in Schweden – Schweden in Österreich 1938 – 1945 (Schweden Österreich, 11. Jg., H.2, 1988). Otto Binder publizierte 1997 seine Autobiographie: Otto Binder, Wien – retour: Bericht an die Nachkommen, Wien-Köln-Weimar 1997.

2 Lennart Weiss, In Wien kann man zwar nicht leben, aber anderswo kann man nicht l e b e n. Kontinuität und Veränderung bei Raoul Auernheimer (Acta Universitatis Upsaliensis Studia Germanistica Upsaliensia 54), Uppsala 2010.

3 Die Aufzeichnungen sind bisher unveröffentlicht. Der Sohn nimmt aber laut eigener Aussage in einem seiner Bücher häufig Bezug darauf: Tomas Böhm, The Wiener Jazz Trio. Roman, Wien 2000.

4 Ludwig Popper, Bolivien für Gringos. Exil-Tagebuch eines Wiener Arztes, Oberwart 2005.

5 15 Jahre nach der Einleitung des Habilitationsverfahrens im Jänner 1933 wurde Ludwig Popper 1948 Universitätsdozent für Interne Medizin und 1963 zum tit. a.o. Universitätsprofessor ernannt. <http://www.lutzpopper.at/index.php?id=30>

6 Irene Nawrockas Tagungsbeitrag über „Deutschsprachige Exilautoren und der Bermann-Fischer Verlag in Stockholm“ basiert auf ihrem Buch: Verlagssitz: Wien, Stockholm, New York, Amsterdam, Der Bermann-Fischer Verlag im Exil (1933 – 1950). Ein Abschnitt aus der Geschichte des S. Fischer Verlages. In: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 53, 2000.

"Kronen Zeitung" vom 21.05.2014 Seite: 2 Ressort: Politik / POL Politik

Mutige Fluchhilfe oder Geschäft mit der Not

Wien. - Auf eine "genaue Unterscheidung zwischen Schlepperei als Geschäftemacherei mit der Not oder mutiger Fluchhilfe" drängte der Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell bei der Präsentation des Buchs "Im Exil in Schweden" von Irene Nawrocka. Gastgeber der Debatte war der Aufsichtsratspräsident der Wiener Städtischen, Günter Geyer.

Quelle: "Kronen Zeitung" vom 21.05.2014 Seite: 2
Ressort: Politik
Ressort: POL Politik
Mutation: Wi, Abend
Dokumentnummer: C4B44490938F47571B5488F53E2EDB36

Dauerhafte Adresse des Dokuments: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=KRON&DOKV_NO=C4B44490938F47571B5488F53E2EDB36&DOKV_HS=0&PP=1

Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto



APA

Fluchthilfe: Tagung vergleicht NS-Zeit mit Syrien und Lampedusa

10.10.2014

Wien (APA) - Je mehr Menschen aufgrund von Konflikten flüchten, desto eher schotten sich potenzielle Aufnahmeländer ab: Das könne man sowohl im heutigen Europa, als auch historisch während der Zeit des Nationalsozialismus beobachten. Eine Tagung, die ab 13. Oktober in Wien stattfindet, befasst sich mit den Parallelen in der Geschichte der Fluchthilfe, wie Organisatorin Gabriele Anderl im APA-Interview erklärte.

Unter dem Titel "'Schleppen', schleusen, helfen, Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" sollen drei Tage lang Fluchthilfe-Phänomene seit 1933 in all ihren Facetten beleuchtet werden. Ähnlichkeiten gebe es im Laufe der Geschichte nicht nur im individuellen Erleben der Flüchtlinge, sondern auch in der politischen Rhetorik und dem Verhalten und der Argumentation der Nationen, so Anderl.

So sei zwar - ähnlich wie heute - auch damals die Dramatik der Situation beteuert worden, etwa 1938 bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian, "im Endeffekt überboten sich die Länder aber in Abwehrmaßnahmen", so die Expertin. Begründet wurden diese nicht nur mit der wirtschaftlichen Situation, sondern oft auch mit der Angst vor den Neuankömmlingen.


Angst vor dem Unbekannten

"So wie man heute unter den Syrienflüchtlingen Jihadisten vermutet, so argumentierte Großbritannien nach Kriegsbeginn mit der Gefahr, dass sich unter den Flüchtlingen, die nach Palästina wollten, deutsche Spione befinden könnten", berichtete Anderl, auch Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. Es sei daher versucht worden, die Einreise in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina mit immer drastischeren Maßnahmen zu unterbinden.

Während die illegalen Flüchtlingstransporte nach Palästina meist per Schiff organisiert wurden, hatten während der NS-Zeit auch die illegalen Landwege Hochkonjunktur: So befasst sich die Konferenz etwa mit dem "Judenschlepper" Josef Schleich, der mit seinem Netzwerk an der jugoslawischen Grenze rund 1.500 Juden außer Landes brachte - dafür jedoch hohe Preise verlangte. Ähnlich sah es an der Vorarlberger Grenze zur Schweiz aus, wo die lokale Bevölkerung vom Waren- zum Menschenschmuggel wechselte. Andere Fluchthelfer hätten dagegen aus primär humanitären Motiven agiert, so Anderl.

Zuletzt aktualisiert: 10.10.2014 um 10:16 Uhr

**KLEINE
ZEITUNG****NEU**

Personalisierte Mundpflege
für ultimative Reinigung*
dank einer intelligenten
Zahnbürste mit  **Bluetooth**

MEHR ERFAHREN

* Gegenüber einer herkömmlichen Handzahnbürste.

Oral-B**SMARTSERIES**

Fluchthilfe-Tagung zieht Vergleiche zur NS-Zeit



Foto © APA

Je mehr Menschen aufgrund von Konflikten flüchten, desto eher schotten sich potenzielle Aufnahmeländer ab: Das könne man sowohl im heutigen Europa, als auch historisch während der Zeit des Nationalsozialismus beobachten. Eine Tagung, die ab Montag in Wien stattfindet, befasst sich mit den Parallelen in der Geschichte der Fluchthilfe, wie Organisatorin Gabriele Anderl im APA-Interview erklärte.

Unter dem Titel "'Schleppen', schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" sollen drei Tage lang Fluchthilfe-Phänomene seit 1933 in all ihren Facetten beleuchtet werden. Ähnlichkeiten gebe es im Laufe der Geschichte nicht nur im individuellen Erleben der Flüchtlinge, sondern auch in der politischen Rhetorik und dem Verhalten und der Argumentation der Nationen, so Anderl.

So sei zwar - ähnlich wie heute - auch damals die Dramatik der Situation beteuert worden, etwa 1938 bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian, "im Endeffekt überboten sich die Länder aber in Abwehrmaßnahmen", so die Expertin. Begründet wurden diese nicht nur mit der wirtschaftlichen Situation, sondern oft auch mit der Angst vor den Neuankömmlingen.

"So wie man heute unter den Syrienflüchtlingen Jihadisten vermutet, so argumentierte Großbritannien nach Kriegsbeginn mit der Gefahr, dass sich unter den Flüchtlingen, die nach Palästina wollten, deutsche Spione befinden könnten", berichtete Anderl, auch Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. Es sei daher versucht worden, die Einreise in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina mit immer drastischeren Maßnahmen zu unterbinden.

Während die illegalen Flüchtlingstransporte nach Palästina meist per Schiff organisiert wurden, hatten während der NS-Zeit auch die illegalen Landwege Hochkonjunktur: So befasst sich die Konferenz etwa mit dem "Judenschlepper" Josef Schleich, der mit seinem Netzwerk an der jugoslawischen Grenze rund 1.500 Juden außer Landes brachte - dafür jedoch hohe Preise verlangte. Ähnlich sah es an der Vorarlberger Grenze zur

Schweiz aus, wo die lokale Bevölkerung vom Waren- zum Menschensmuggel wechselte. Andere Fluchthelfer hätten dagegen aus primär humanitären Motiven agiert, so Anderl.

Für die Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich waren vor allem Großbritannien und die USA begehrte Ziele, doch diese Staaten nahmen nur eine begrenzte Anzahl von Verfolgten auf. Auch die Nachbarländer Deutschlands zeigten sich von den Flüchtlingsströmen meist wenig begeistert: Wurden illegale Flüchtlinge - etwa an der Grenze zu Belgien oder Frankreich - aufgegriffen, wurden sie meist nach Deutschland zurückgeschickt oder in Anhaltelagern interniert, schilderte Anderl. Auch hier könne man Parallelen zur heutigen Situation von Flüchtlingen ziehen.

Dabei ortet Christoph Reinprecht, Professor für Soziologie an der Uni Wien und Mitglied des Tagungsbeirats aber vor allem eine "Bedeutungsverschiebung" in der Rolle des Fluchthelfers: Sie würden zunehmend sofort als "Schlepper" kriminalisiert, sodass eine Diskussion kaum mehr möglich sei. Exemplarisch für die aktuelle Problematik der "Festung Europa" wird es auf der Tagung u.a. einen Beitrag zum Prozess gegen "Asyl in Not"-Obmann Michael Genner geben, der aufgrund eines Artikels, in dem er Schlepperei nicht völlig ablehnt, strafrechtlich verfolgt wurde.

Genau diese restriktiven Diskurse würden jedoch illegale Strategien der Fluchthilfe bedingen, ist Reinprecht überzeugt: "Je strenger reguliert ein System ist, desto näher liegen illegale Formen der Flucht." So sei es problematisch, wenn auf Katastrophen wie das Schiffsunglück vor Lampedusa, bei dem im Vorjahr rund 360 Menschen starben, nur mit weiteren Verschärfungen reagiert werde.

Seit zwei bis drei Jahrzehnten gebe es aber auch beim Begriff der Migration deutliche Diskursverschiebungen: "Früher haben alle an Gastarbeit gedacht, heute denkt man an Asyl, verknüpft mit Schlepperdiskursen", so der Soziologe. Innereuropäische Migration werde dagegen meist positiv als Mobilität wahrgenommen.

Quelle: APA

ÖSTERREICH | POLITIK

Fluchthilfe-Tagung zieht Vergleiche zur NS-Zeit

Von Apa | 10.10.2014 - 10:40 | [Kommentieren](#)

Je mehr Menschen aufgrund von Konflikten flüchten, desto eher schotten sich potenzielle Aufnahmeländer ab: Das könne man sowohl im heutigen Europa, als auch historisch während der Zeit des Nationalsozialismus beobachten. Eine Tagung, die ab Montag in Wien stattfindet, befasst sich mit den Parallelen in der Geschichte der Fluchthilfe, wie Organisatorin Gabriele Anderl im APA-Interview erklärte.



Staat sehen Flüchtlinge als große Belastung. Unter dem Titel

"Schleppen',
schleusen, helfen.

BILD: SN/APA (EPA/ITALIAN NAVY PRESS)/ITA

Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" sollen drei

Tage lang Fluchthilfe-Phänomene seit 1933 in all ihren Facetten beleuchtet werden. Ähnlichkeiten gebe es im Laufe der Geschichte nicht nur im individuellen Erleben der Flüchtlinge, sondern auch in der politischen Rhetorik und dem Verhalten und der Argumentation der Nationen, so Anderl.

So sei zwar - ähnlich wie heute - auch damals die Dramatik der Situation beteuert worden, etwa 1938 bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian, "im Endeffekt überboten sich die Länder aber in Abwehrmaßnahmen", so die Expertin. Begründet wurden diese nicht nur mit der wirtschaftlichen Situation, sondern oft auch mit der Angst vor den Neuankömmlingen.

"So wie man heute unter den Syrienflüchtlingen Jihadisten vermutet, so argumentierte Großbritannien nach Kriegsbeginn mit der Gefahr, dass sich unter den Flüchtlingen, die nach Palästina wollten, deutsche Spione befinden könnten", berichtete Anderl, auch Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. Es sei daher versucht worden, die Einreise in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina mit immer drastischeren Maßnahmen zu unterbinden.

Während die illegalen Flüchtlingstransporte nach Palästina meist per Schiff organisiert wurden, hatten während der NS-Zeit auch die illegalen Landwege

Hochkonjunktur: So befasst sich die Konferenz etwa mit dem "Judenschlepper" Josef Schleich, der mit seinem Netzwerk an der jugoslawischen Grenze rund 1.500 Juden außer Landes brachte - dafür jedoch hohe Preise verlangte. Ähnlich sah es an der Vorarlberger Grenze zur Schweiz aus, wo die lokale Bevölkerung vom Waren- zum Menschenschmuggel wechselte. Andere Fluchthelfer hätten dagegen aus primär humanitären Motiven agiert, so Anderl.

Für die Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich waren vor allem Großbritannien und die USA begehrte Ziele, doch diese Staaten nahmen nur eine begrenzte Anzahl von Verfolgten auf. Auch die Nachbarländer Deutschlands zeigten sich von den Flüchtlingsströmen meist wenig begeistert: Wurden illegale Flüchtlinge - etwa an der Grenze zu Belgien oder Frankreich - aufgegriffen, wurden sie meist nach Deutschland zurückgeschickt oder in Anhaltelagern interniert, schilderte Anderl. Auch hier könne man Parallelen zur heutigen Situation von Flüchtlingen ziehen.

Dabei ortet Christoph Reinprecht, Professor für Soziologie an der Uni Wien und Mitglied des Tagungsbeirats aber vor allem eine "Bedeutungsverschiebung" in der Rolle des Fluchthelfers: Sie würden zunehmend sofort als "Schlepper" kriminalisiert, sodass eine Diskussion kaum mehr möglich sei. Exemplarisch für die aktuelle Problematik der "Festung Europa" wird es auf der Tagung u.a. einen Beitrag zum Prozess gegen "Asyl in Not"-Obmann Michael Genner geben, der aufgrund eines Artikels, in dem er Schlepperei nicht völlig ablehnt, strafrechtlich verfolgt wurde.

Genau diese restriktiven Diskurse würden jedoch illegale Strategien der Fluchthilfe bedingen, ist Reinprecht überzeugt: "Je strenger reguliert ein System ist, desto näher liegen illegale Formen der Flucht." So sei es problematisch, wenn auf Katastrophen wie das Schiffsunglück vor Lampedusa, bei dem im Vorjahr rund 360 Menschen starben, nur mit weiteren Verschärfungen reagiert werde.

Seit zwei bis drei Jahrzehnten gebe es aber auch beim Begriff der Migration deutliche Diskursverschiebungen: "Früher haben alle an Gastarbeit gedacht, heute denkt man an Asyl, verknüpft mit Schlepperdiskursen", so der Soziologe. Innereuropäische Migration werde dagegen meist positiv als Mobilität wahrgenommen.

TEILEN

»

Von "heroischen" Fluchthelfern und "kriminellen" Schleppern

BERICHT | IRENE BRICKNER

13. Oktober 2014, 20:39

Gegen Schlepper wird derzeit mit Härte vorgegangen. Bei einem Symposium in Wien wird diskutiert, wie das zu bewerten ist



vergrößern (500x334)

foto: robert newald

Foto: Robert Newald

Polizeiliche Schwerpunktkontrolle im burgenländischen Siegendorf Ende September. Unweit der ungarischen Grenze standen Flüchtlinge und Schlepper im Visier der Fahnder.

Wien - Um die zunehmende Zahl von Flüchtlingen aus den vielen Krisenherden der Welt in den Griff zu bekommen, hat der Kampf gegen Schlepper derzeit Priorität. Doch das repressive Vorgehen von Polizei und Justiz setze einen Teufelskreis in Gang, meinte die Politikwissenschaftlerin Irene Messinger am Montag, dem ersten Tag des internationalen Symposiums "Schleppen, schleusen, helfen - Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" in Wien.

"Je restriktiver die Gesetzgebung, desto gefährlicher werden unzulässige Einreisen für die Beteiligten und desto lukrativer wird deren Vermittlung", führte Messinger am Beispiel der heimischen Bestimmungen gegen sogenannten Aufenthaltsehen aus. Seit 2005 drohen bei deren gewerbsmäßiger Anbahnung gegen Geld bis zu drei Jahre Haft. Auch werden Scheinehen von Fahndern oft in einem Atemzug mit Schlepperkriminalität genannt.

Hier wirke ein Blick in die Vergangenheit relativierend, sagte Messinger bei der von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung initiierten Veranstaltung: "Eheschließungen von Ausländern mit Jüdinnen, um diesen die Ausreise aus Nazideutschland zu ermöglichen, gelten inzwischen als Widerstandsakt."

Das treffe vielleicht auch für heutige, direkte Formen von Fluchthilfe zu, meint der Kommunikationswissenschaftler und Symposiumsmitorganisator Fritz Hausjell: "Die Frage ist nur, ob es wieder 50 bis 70 Jahre dauern wird, bevor man das erkennt." Ziel der Veranstaltung sei, interdisziplinär und "ohne Angst" über die sehr unterschiedliche Bewertung von Fluchthilfe und Schlepperei zu diskutieren - auch über Aktualitäten wie den Schlepperprozess gegen großteils pakistanische Asylwerber in Wiener Neustadt.

Ein Schwerpunkt, so Symposiumsmitorganisatorin Gabriele Anderl, wird dabei auf die "rückwirkend rehabilitierte" Fluchthilfe im Nationalsozialismus gesetzt. Die Schweizer Kulturwissenschaftlerin Ina Boesch fügte dem am Montag eine Geschichte der Schlepper-"Heroisierung" hinzu: Im Berlin der 1960er-Jahre sei die großteils gegen Geld helfende Girmann-Gruppe, die tausenden Menschen die Flucht aus dem Osten ermöglichte, in der westlichen Presse bejubelt worden.

Strafe für Hilfe ohne Geld

Anders sei das im Spanien der Jetztzeit, schilderte Boesch anhand einer unentgeltlich agierenden Flüchtlingshelferin, die mit den gleichen Bestimmungen bestraft worden sei wie bezahlte Schlepper. In Österreich könne so etwas nicht passieren, versicherte der Leiter der Zentralstelle gegen

Schlepperkriminalität, Gerald Tatzgern, vom STANDARD befragt; beim Symposium selbst kommt kein Behördenvertreter zu Wort: "Bestraft wird nur, wer sich als Schlepper unrechtmäßig bereichert." Das Symposium dauert noch bis inklusive Mittwoch. (Irene Brickner, DER STANDARD, 14.10.2014)

www.exilforschung.ac.at

© derStandard.at GmbH 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

1 2 3 4 5

vom 13.10.2014, 08:06 Uhr

Update: 15.10.2014, 09:54 Uhr

Internationales Fluchthilfe-Symposium

Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung

Von WZ Online

Expertentagung widmet sich den unterschiedlichen Formen und Motiven für Fluchthilfe und "Schlepperei".

Wien. Im Kontext der Fluchtbewegungen der Jahre 1933 - 1945 fanden illegale Grenzübertritte wesentlich häufiger statt als allgemein bekannt, und sie erwiesen sich vielfach als lebensrettend. Dennoch wurden die Helferinnen und Helfer oft in undifferenzierter Weise kriminalisiert, obwohl nur ein Teil von ihnen primär aus finanziellem Interesse oder in ausbeuterischer Absicht handelte. Auch in den Nachkriegsjahrzehnten war Fluchthilfe von großer Bedeutung.

Kriminalisierung von Fluchthilfe

Angesichts der immer rigoroseren Abwehrmaßnahmen, mit denen die europäischen Grenzen abgedichtet werden sollen, ist das Thema brisanter denn je. Denn auch heute werden Menschen, die Schutz Suchenden bei der Überfahrt und Flucht helfen, kriminalisiert und angezeigt. Besonders wird dies im sogenannten Schlepperei-Prozess demonstriert, bei dem sieben Refugee-Aktivistinnen (ehemalige Votivkirchenflüchtlinge) vor Gericht stehen. Im Wahlkampf als "Millionenverdiener" und Monster, die schwangere Frauen unterwegs liegen ließen instrumentalisiert, später als "kleine Fische" in einem Schlepper-Netzwerk wieder vom Haken gelassen.

Das Symposium wird sich mit den unterschiedlichen Formen, Phasen und Motiven der organisierten und individuellen Fluchthilfe / "Schlepperei" seit den 1930er Jahren befassen und auch die restriktive Aufnahmepolitik der potentiellen Zufluchtsländer als wesentliche Ursache für das Phänomen ins Blickfeld rücken.

An drei Tagen erörtern Experten und Expertinnen frühe Formen der Fluchthilfe, aktuelle Entwicklungen sowie die mediale Resonanz. Der



Dreitägiges Symposium zu Fluchthilfe
und Schlepperei.

© öge

Eintritt ist frei.

URL: http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/integration/politik_und_recht/670783_Schlepperei-Flucht-zwischen-Rettung-und-Ausbeutung.html

© 2014 Wiener Zeitung

http://fm4.orf.at/stories/1747784/

Seiten-Ladefehler Seiten-Ladefehler Seiten-Ladefehler Startseite | borderline ...

FM4 ORF.at
You're at home baby

Radio live
Jetzt: Morningshow

SOUNDPARK TERMINE ABOUT KONTAKT SHOP SENDUNGEN

▶ Trackservice
▶ Radloprogramm
▶ **7 Tage FM4**

Suchen
Musik, Film, Helteres

▶ **AUTOR/-INNEN**

All Cem Deniz
Das Alltagsmikroskop

▶ Alle Stories

14. 10. 2014 - 12:07

Illegalize it

Wie aus Fluchthelfern Schleuser und aus Flüchtlingen "illegale" werden.

Die Welt wird globaler und Grenzen lösen sich auf, aber nicht für alle. Denn während manche Menschen Grenzen passieren können, ohne einen Ausweis zu zeigen, müssen andere alle möglichen Gefahren und Kosten auf sich nehmen, um in ein Land einzureisen. Flucht bleibt weiterhin ein besonders gefährliches Unterfangen.

Die Helden von gestern

Heute wird im Mainstream Flucht häufig kriminalisiert. Begriffe wie Schlepper-Banden, Scheinasylanten und Scheinehen dominieren den Diskurs. Die Tagung „Schleppen, Schleusen, Helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“, die zurzeit in Wien stattfindet, erinnert an andere Zeiten.

In der Vergangenheit wurden viele FluchthelferInnen, auch jene, die gegen Entgelt ihre Unterstützung anboten, zu Helden. In der NS-Zeit halfen Passeure JüdInnen und anderen Flüchtlingen bei der Überquerung deutscher Grenzen. Während des Kalten Krieges war die Rettung von Flüchtlingen aus dem „Osten“ besonders angesehen. „Doch auch die Heroisierung von gestern war, wie die heutige Dämonisierung, nicht frei von politischer Instrumentalisierung“ sagt die Kulturwissenschaftlerin Ina Boesch. Schließlich stand mit dem kommunistischen Ostblock ein „Anderes“ gegenüber, dessen BürgerInnen in den freien Westen gerettet werden mussten. In den 80ern entschied ein deutsches Gericht sogar, dass selbst Fluchthilfe gegen Entgelt nicht sittenwidrig ist.

Radio FM4 / Lukas Tagwerker

andreas schloenhardt universität wien

Andreas Schloenhardt, Professor für Strafrecht, bei der Tagung "Schleppen, Schleusen, Helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung."

Neue Gesetze für eine neue Welt

Der Fall des Eisernen Vorhangs bewirkte auch im Bereich der internationalen Migration und Flucht massive Veränderungen. In dieser Zeit nahm Österreich eine besondere Vorreiterrolle an. Wolfgang Schüssel wandte sich 1997 als Außenminister mit der Forderung an die Vereinten

Nationen, den Schmuggel von Menschen international zu kriminalisieren.

Österreich spielte letztendlich eine große Rolle bei der Einführung des **Zusatzprotokolls gegen Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg**. Damit sollte die Strafbarkeit von Schlepperei ermöglicht und geregelt werden. Doch wo fängt die Strafbarkeit an?

Scheingesetze

Die Frage, was Schlepperei und was Fluchthilfe ist, zieht sich durch aktuelle Diskurse, wie am Beispiel des sogenannten Schlepper-Prozess sichtbar wird. Solche Prozesse zeigen auch, dass die Gesetze nicht frei von Widersprüchen sind. Besonders bekannt sind die Paragraphen 114 und 115, die Schlepperei und Beihilfe durch Aufenthalt etc. kriminalisieren. Die EU überlässt es ihren Mitgliedsstaaten zu entscheiden, ob Fluchthilfe aus humanitären Gründen strafbar ist. Österreich macht hier keine Ausnahme. Das widerspricht jedoch dem Zusatzprotokoll der UN, das von Österreich mitgestaltet wurde.

„Die Gesetze verhindern Migration nicht“, sagt Andreas Schloenhardt, Professor für Strafrecht. Dennoch wird ständig über Gesetze diskutiert und in Zukunft werden weitere Verschärfungen angekündigt. Wieso? Weil Regierungen so der Öffentlichkeit auf leicht verständliche Weise mitteilen können, dass „etwas“ getan wird.

Dabei können die Gesetze mehr bewirken und auch die Flüchtlinge mehr beschützen, wenn Einwanderungsländer wie Österreicher stärker mit Transit- und Herkunftsländern zusammenarbeiten würden, betont Schloenhardt. Doch der aktuelle Trend macht nicht optimistisch.

Statt Kooperationen und Vorbereitungen auf absehbare Flüchtlingskrisen, wie im Fall des Bürgerkriegs in Syrien, werden Gesetze verschärft und die Grenzen dicht gemacht. Genau das macht allerdings entgeltliche Schlepper oder humanitäre Fluchthelfer für Flüchtlinge unentbehrlich.

Ob die Schlepper von heute vielleicht auch mal zu Helden werden? Das wird die Zukunft zeigen, sagt Ina Boesch. Es wäre nicht der erste Bedeutungswandel im Diskurs um Flucht.

FM4 Auf Laut: Was ist Fluchthilfe?

Bei Lukas Tagwerker war Hannelore zu Gast, die in den 90er Jahren in der Flüchtlingshilfe engagiert war. Wir diskutieren über legitime Fluchthilfe, Risiko, Verantwortung und den Schlepperei-Paragraphen. Zu hören ab 21 Uhr in FM4 Auf Laut und mit Anschluss für sieben Tage unter fm4.orf.at/7tage.

Anrufen und Mitdiskutieren erwünscht!

Die Nummer ins Studio: 0800 226 996

Die internationale Tagung „Schleppen, schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“ setzt sich bis zum 15. Oktober mit historischen und aktuellen Diskursen über Flucht auseinander.

Expertin: Einwanderungspolitik fördert Schlepperei



Foto: AP

Weil der völkerrechtliche Grundsatz der Nichtzurückweisung kaum eingehalten wird und Flüchtlinge durch verschärfte Visa-Bestimmungen kaum legal nach Europa einreisen können, sind viele von ihnen auf die Hilfe von Schleppern angewiesen. Das hat Fabiane Baxewanos vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien bei einer internationalen Tagung am Montag in Wien erklärt. "Die derzeitige europäische Einwanderungspolitik fördert Schlepperei anstatt sie zu bekämpfen."

"Nahezu jeder, der heute in Europa um Schutz ansuchen möchte, ist auf Fluchthilfe angewiesen", erklärte Baxewanos am ersten Tag der Tagung "Schleppen" - schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung". Das Prinzip der Nichtzurückweisung, nach dem Personen nicht in einen Staat zurückgebracht werden können, in dem sie mit schweren Menschenrechtsverletzungen zu rechnen haben, werde in der europäischen Flüchtlingspolitik wenig beachtet.

Demnach dürften etwa Boote mit Flüchtlingen nicht ohne die Prüfung von Asylanträgen zurückgeschickt werden. Auch die Taktik der vorverlagerten Grenzkontrollen mache eine legale Einreise für Flüchtlinge nach Europa unmöglich. "Anstatt Personen erst an der Grenze zu kontrollieren, gibt es viele Mechanismen, die es verhindern, dass sie überhaupt erst so weit kommen", sagte Baxewanos.

Hürden der Bürokratie kaum zu bewältigen
Implizit vorverlagerte Grenzen wie etwa verschärfte Visabestimmungen seien vor allem für Drittstaaten problematisch. Momentan besteht für 129 dieser Staaten Visumpflicht. "Es gibt kaum ein Krisengebiet auf der Erde, für das es diese Pflicht nicht gibt", so Baxewanos. Die Hürden der Bürokratie in einer Krieg- und Fluchtsituation zu meistern, sei kaum möglich. Sollte es doch gelingen würden Anträge aber oft abgelehnt, weil man die Rückreisebereitschaft der Personen bezweifle.

Auch die Haftung für Transportunternehmen, die immense Strafzölle befürchten müssen, wenn sie Personen ohne ausreichende Dokumente transportieren, stehe der legalen Einreise im Weg. "Flüchtlinge begegnen der Festung Europa nicht erst an der geografischen Grenze, sondern praktisch an jedem Flughafen der Welt", erklärte die Juristin. Durch diese vorverlegten Grenzen sei auch das internationale

Flüchtlingsrecht nicht anwendbar, denn zum Flüchtling wird man demnach erst, wenn man sich außerhalb des eigenen Heimatlandes befindet.

"Flüchtlingsschutz ist völkerrechtliche Verpflichtung"

"Die derzeitige europäische Einwanderungspolitik fördert Schlepperei anstatt sie zu bekämpfen", zog Baxewane Fazit. Flüchtlingen Schutz zu gewähren sei aber kein Gnadenakt, sondern eine "völkerrechtliche Verpflichtung", der europäische Staaten freiwillig zugestimmt hätten. Die Debatte ob "ein paar hundert mehr oder weniger Personen in Österreich aufgenommen werden sollen", hält die Juristin für "beschämend".

Legale Einreisemöglichkeiten, etwa durch Botschaftsasyl, die Abschaffung der Transportunternehmerhaftung sowie mehr Transparenz bei den Missionen der EU-Grenzagentur Frontex seien laut Baxewanos "wichtige Punkte, um den völkerrechtlichen Schutz garantieren zu können".

Expertin: „Europas Einwanderungspolitik fördert Schlepperei“

Wien (APA) - Weil der völkerrechtliche Grundsatz der Nichtzurückweisung kaum eingehalten wird und Flüchtlinge durch verschärfte Visa-Bestimmungen kaum legal nach Europa einreisen können, sind viele auf die Hilfe von Schleppern angewiesen. Das sagte Fabiane Baxewanos vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien bei einer internationalen Tagung am Montag in Wien.

„Nahezu jeder, der heute in Europa um Schutz ansuchen möchte, ist auf Fluchthilfe angewiesen“, erklärte Baxewanos am ersten Tag der Tagung. ‚Schleppen‘ - schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“. Das Prinzip der Nichtzurückweisung, nach dem Personen nicht in einen Staat zurückgebracht werden können, in dem sie mit schweren Menschenrechtsverletzungen zu rechnen haben, werde in der europäischen Flüchtlingspolitik wenig beachtet. Demnach dürften etwa Boote mit Flüchtlingen nicht ohne die Prüfung von Asylanträgen zurückgeschickt werden. Auch die Taktik der vorverlagerten Grenzkontrollen mache eine legale Einreise für Flüchtlinge nach Europa unmöglich. „Anstatt Personen erst an der Grenze zu kontrollieren, gibt es viele Mechanismen, die es verhindern, dass sie überhaupt erst so weit kommen“, sagte sie.

Implizit vorverlagerte Grenzen wie etwa verschärfte Visabestimmungen seien vor allem für Drittstaaten problematisch. Momentan besteht für 129 dieser Staaten Visumpflicht. „Es gibt kaum ein Krisengebiet auf der Erde, für das es diese Pflicht nicht gibt“, so Baxewanos. Die Hürden der Bürokratie in einer Krieg- und Fluchtsituation zu meistern, sei kaum möglich. Sollte es doch gelingen würden Anträge aber oft abgelehnt, weil man die Rückreisebereitschaft der Personen bezweifle.

Auch die Haftung für Transportunternehmen, die immense Strafzölle befürchten müssen, wenn sie Personen ohne ausreichende Dokumente transportieren, stehe der legalen Einreise im Weg. „Flüchtlinge begegnen der Festung Europa nicht erst an der geografischen Grenze, sondern praktisch an jedem Flughafen der Welt“, erklärte die Juristin. Durch diese vorverlegten Grenzen sei auch das internationale Flüchtlingsrecht nicht anwendbar, denn zum Flüchtling wird man demnach erst, wenn man sich außerhalb des eigenen Heimatlandes befindet.

„Die derzeitige europäische Einwanderungspolitik fördert Schlepperei anstatt sie zu bekämpfen“, zog Baxewane Fazit. Flüchtlingen Schutz zu gewähren sei aber kein Gnadentat, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung, der europäische Staaten freiwillig zugestimmt hätten. Die Debatte ob „ein paar hundert mehr oder weniger Personen in Österreich aufgenommen werden sollen“, hält die Juristin für „beschämend“. Legale Einreisemöglichkeiten, etwa durch Botschafts asyl, die Abschaffung der Transportunternehmerhaftung sowie mehr Transparenz bei den Missionen der EU-Grenzagentur Frontex seien laut Baxewanos „wichtige Punkte, um den völkerrechtlichen Schutz garantieren zu können.“

Fluchhilfe und Schlepperei in Medien nicht ausreichend differenziert

Wien (APA) - Journalistische Beiträge, die die Thematik der Schlepperei kritisch hinterfragen, sind ausgesprochen rar, das zeigt sich in den Medien unter anderem an der häufigen Verwendung des Wortes „Schlepperei“ anstelle von „Fluchhilfe“ und an der seltenen Nutzung von Anführungszeichen, erklärte der Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell am Montag bei einer internationalen Tagung in Wien.

„Fluchthelfer treten heute selten angemessen in den Medien auf. Das liegt daran, dass sie, bis auf wenige Organisationen, keine Lobby haben“, so Hausjell am ersten Tag der Veranstaltung „‘Schleppen’ - schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“. Er frage sich, warum Journalisten nicht häufiger hinterfragen würden, wer anstelle von „Schlepper“ eher als „Helfer“ tituiert werden sollte. Jegliche Form der Fluchthilfe, ob bezahlt oder unbezahlt, würde in der Berichterstattung tendenziell als Schlepperei bezeichnet.

Unter dem Schutz des Redaktionsgeheimnisses könnten sich Journalisten jedoch ein realitätsnäheres Bild von den schleusenden Personen schaffen, meinte der Wissenschaftler. Das passiere aber viel zu selten: „Wo bleibt der justizkritische, praktische Journalismus?“, fragte sich der Medienexperte anlässlich der Tagung.

/**

vom 14.10.2014, 16:25 Uhr

Update: 14.10.2014, 23:26 Uhr

Fluchthilfe-Tagung

Ein üppig beackertes Feld

Von Eva Zelechowski

Experten fordern differenzierten Umgang der Medien mit Sprache und justizkritische Recherche über schleusende Personen.

Wien. Darf man Fluchthelfer aus der NS-Zeit Menschen nicht mit den heutigen Schleppern vergleichen? "Man muss es sogar", schrieb Sibylle Haman Anfang des Jahres in einem **Gastkommentar von "Die Presse"**. Heute macht die hitzig geführte Debatte der Asylpolitik einen großen Bogen um die Frage der Begrifflichkeiten, im Fokus stehen verstärkter Grenzschutz und die Brutalität der "Schlepperbanden", denen es einen Riegel vorzuschieben gilt. Doch gibt es nicht auch Fluchthelfer unter den "Schleppern"? Und ist Flucht ohne schleusende Personen überhaupt möglich?



Schleppen: mitnehmen, transportieren, tragen.

© Eva Zelechowski

Beim Internationalen Symposium "'Schleppen' - schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" spricht sich Fabiane Baxewanos vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien für eine stärkere Differenzierung der Begriffe aus. "Legale Migration ist in der heutigen Zeit nicht möglich. Und wenn es keine ‚legalen Migranten‘ gibt, dann kann auch nicht von ‚illegalen Migranten‘ gesprochen werden", sagte Baxewanos am ersten Tag der Tagung am Montag. Nahezu jeder, der heute in Europa um Schutz ansuchen möchte, sei auf Fluchthilfe angewiesen. Demnach fördere "die derzeitige europäische Einwanderungspolitik ‚Schlepperei‘ anstatt sie zu bekämpfen", zog Baxewane Fazit.

"Schlepper" auch als "Fluchthelfer" begreifen

Medienwissenschaftler Fritz Hausjell veranschaulicht anhand von Schlagzeilen der letzten Jahre, wie tendenziös der Diskurs ins öffentliche Bewusstsein der Bevölkerung hinein getragen wurde: "Schlepper verdienen Millionen" – "Illegale stürmen EU-Festung" – "Die Tricks der Schlepperbanden" – "Die miesen Tricks der Schlepper", las Hausjell in seinem Vortrag über die Materie der "Schlepperei", die in den vergangenen 15 Jahren, wie er sagt, ein "üppig beackertes Themenfeld" in der heimischen Medienlandschaft darstellte.

Wie viele "Schlepper"-Stories finden sich in den Medien?

"Kronen Zeitung"

"Alleine in der "Kronen Zeitung" erschienen zwischen 1. Jänner 2000 und 30. September 2014 insgesamt 4.207 Berichte, in denen dieser Begriff verwendet wurde, nur in 10 davon kam auch der Begriff 'Fluchthilfe' vor. Menschen auf der Flucht gelangen zumeist ohne 'Schlepper' oder – wie sie im Westen häufig genannt werden – 'Schleuser' nicht über die Grenze nach Österreich oder in ein anderes europäisches Land." Insofern könnten "Schlepper" auch als "Fluchthelfer" begriffen werden, sagt Hausjell.

"Österreich" und "Heute"

Deutlich niedriger liege die Quote bei den beiden Boulevardblättern "Österreich" und "Heute": "Österreich", das seit 2006 im Archiv verfügbar ist, habe lediglich 1.061 "Schlepper"-Berichte. Und auf gar nur 218 Berichte, in denen "Schlepper" vorkommen, stoße man im Archiv auf Berichte in der Gratiszeitung "Heute", die seit 2007 im Archiv vertreten ist.

"Kurier"

Die Tageszeitung "Kurier" hingegen komme mit 3.852 "Schlepper"-Artikeln nahe an die "Kronen Zeitung" heran, davon sei in 24 dieser Beiträge neben dem "Schlepper"-Begriff auch von Fluchthelfern bzw. von Fluchthilfe die Rede.

"Wer nur Boulevard liest, sieht ganze Schlepperbanden in seinem Vorgarten", so das Fazit des Medienwissenschaftlers. In der Berichterstattung der Qualitätsmedien fanden sich in den vergangenen 15 Jahren immer noch 1.000 "Schlepper"-Artikel.

Erdrückende Bilanz

"Wieso diese Bilanz so erdrückend ist?", fragt Hausjell. "Weil das Innenministerium gute Öffentlichkeitsarbeit betreibt", liefert er sogleich die Antwort. Im ["Jahresbericht zur Organisierten Schlepperkriminalität"](#) des Bundeskriminalamts, den man den Medien präsentiert wird, achte man bei der Wortwahl genau darauf, "Schlepper" nie in die Nähe von "Fluchthelfern" kommen zu lassen.

Und nur ganz selten werde in der Medienberichterstattung der Vorwurf der "Schlepperei" unter Anführungszeichen gesetzt.

Journalisten aber seien zu eine differenzierteren Umgang verpflichtet. Ähnlich wie Haman findet auch Hausjell, dass man es sich mit der Unterscheidung "Ehrliche Fluchthelfer damals – brutale Schlepper heute" zu einfach mache. "Fluchthelfer treten heute selten angemessen in den Medien auf. Das liegt daran, dass sie, bis auf wenige Organisationen, keine Lobby haben", sagt Hausjell.

Besseres Bild von schleusenden Personen

Journalisten müssten beleuchten, wer anstelle von "Schleppern" eher als "Helfer" bezeichnet werden sollte. Tendenziell würde jede Form der Fluchthilfe, ob unbezahlt oder bezahlt, in der medialen Berichterstattung als "Schlepperei" titulierte. Es brauche mehr "justizkritischen Journalismus". Mithilfe des Redaktionsgeheimnisses könnten Journalisten – im Gegensatz zu Beamten - ein genaueres, realitätsnahes Bild von schleusenden Personen liefern.

URL: http://www.wienerzeitung.at/dossiers/asyl/europas_grenzen/672054_Schlepperei-Ein-ueppig-bearbeitetes-Feld.html

© 2014 Wiener Zeitung

WERBUNG

KRITIK AN EU-ASYLPOLITIK **WELT**

15.10.2014

Flüchtlinge: "Wir lassen sie einfach ertrinken"



Auf diesem Weg versuchen viele nordafrikanische Flüchtlinge, nach Europa zu gelangen. (© Reuters)

Italien will mit Ende Oktober seinen als "Mare Nostrum" bekannten Einsatz zur Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen im Mittelmeer beenden. Übernehmen soll die bisher rein für den Grenzschutz zuständige EU-Agentur Frontex. Für diese Entscheidung hagelte es bei einer Tagung in Wien heftige Kritik an den EU-Innenministern.

Sky Online-Special

Filme und Serien als Erster sehen.

Jetzt Sky inklusive HD und Sky Go um nur € 24,90 mtl. bestellen.

WERBUNG

Zweifel gab es vor allem daran, ob eine Polizeieinheit, die bisher vordergründig dafür zuständig war, die europäischen Außengrenzen vor illegalen Einwanderern zu schützen, für deren Rettung geeignet ist. "Frontex hatte in ihrer ganzen Genese nie die Aufgabe, Menschen zu retten", monierte etwa der Journalist und Aktivist Elias Bierdel.

Einsatz ist Italien zu teuer

Die italienische Regierung hatte "Mare Nostrum" im vergangenen Herbst

WERBUNG

MEISTGELESENE ARTIKEL



Sky Online-Special

Filme und Serien als Erster sehen. [Jetzt Sky inklusive HD und Sky Go um nur € 24,90 mtl. bestellen.](#)



Flatrate-Aktion bei bankdirekt.at

[Jetzt Depot eröffnen und Wertpapiere einen ganzen Monat lang um 1 Euro handeln.](#)

WERBUNG

TOPKOMMENTIERTE ARTIKEL



als Reaktion auf die Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa gestartet, die Hunderte Menschen das Leben kostete. Allein seit September wurden 144.000 Menschen gerettet. Der Einsatz kostet jeden Monat zwischen sechs und neun Millionen Euro.

"Wir lassen sie sterben"

Mit dem Frontex-Nachfolgeprogramm "Triton" wird der überwachte Bereich deutlich zurückgehen. "Dadurch werden auch weniger Menschen gerettet", so Bierdel. "Jahrelang haben wir einfach weggeschaut, wenn sie ertrunken sind. Dann hat man beschlossen die Menschen vor dem Ertrinken zu retten und die Flüchtlinge haben sich darauf eingestellt. Wenn wir sie jetzt wieder sterben lassen, ist das moralisch noch viel schwerwiegender als der Umstand, dass wir anfangs weggeschaut haben."

EU-weite Lösung nötig

Einig waren sich die Teilnehmer der Konferenz "'Schleppen', schleusen, helfen - Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" auch, dass es eine europäische Vergemeinschaftung der Flüchtlingsproblematik braucht. Bisher sieht die Dublin-Regelung vor, dass jenes Land für die Betreuung und das Asylverfahren zuständig ist, in dem die Migranten erstmals europäischen Boden betreten haben. Dadurch sind vor allem Staaten an der EU-Außengrenze überfordert. "Das ist ein absurdes System", so die Völkerrechtlerin Fabiane Baxewanos von der Universität Wien.

Sinn habe solch eine Vergemeinschaftung nur dann, wenn nicht die EU-Kommission, sondern das Europäische Parlament dafür zuständig sei, so der Regisseur Fabian Eder, der unter anderem eine Dokumentation über Lampedusa und das ebenfalls häufig von Flüchtlingen angesteuerte Malta drehte. "Die Flüchtlingsfrage muss weg von den Nationalstaaten".

Quote ist problematisch

Diese diskutierten zuletzt über einen auch von ÖVP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner unterstützten Vorschlag, Flüchtlinge aus Nordafrika entsprechend der Einwohnerzahlen in den EU-Mitgliedsstaaten aufzunehmen (Stichwort: **Quotenregelung**). Das würde aber wenig nützen: Die Flüchtlinge würden nicht bleiben, wo man sie hinschicke, sondern dorthin weiterwandern, wo sie sich die besten Arbeits- und Lebensbedingungen erhoffen.



+++ Neue Kutschen für Wien +++

Jetzt für kurze Zeit: 0€ statt 29€ Anmeldegebühr + 30 Freiminuten
geschenkt.

WERBUNG

IHRE MEINUNG

Kommentar schreiben... (max. 1000 Zeichen)

User haben auch diese Artikel gelesen



NIEMAND WILL FLÜCHTLINGE

Asyl: Länder lassen Mikl-Leitner im Regen stehen

„Europas Einwanderungspolitik fördert Schlepperei“

Weil der völkerrechtliche Grundsatz der Nichtzurückweisung kaum eingehalten wird und Flüchtlinge durch verschärfte Visa-Bestimmungen kaum legal nach Europa einreisen können, sind viele auf die Hilfe von Schleppern angewiesen.

Das sagte Fabiane Baxewanos vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien bei einer internationalen Tagung in Wien.

Prinzip der Nichtzurückweisung

„Nahezu jeder, der heute in Europa um Schutz ansuchen möchte, ist auf Fluchthilfe angewiesen“, erklärte Baxewanos am Montag, am ersten Tag der Tagung „Schleppen“ - schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“. Das Prinzip der Nichtzurückweisung, nach dem Personen nicht in einen Staat zurückgebracht werden können, in dem sie mit schweren Menschenrechtsverletzungen zu rechnen haben, werde in der europäischen Flüchtlingspolitik wenig beachtet. Demnach dürften etwa Boote mit Flüchtlingen nicht ohne die Prüfung von Asylanträgen zurückgeschickt werden. Auch die Taktik der vorverlagerten Grenzkontrollen mache eine legale Einreise für Flüchtlinge nach Europa unmöglich. „Anstatt Personen erst an der Grenze zu kontrollieren, gibt es viele Mechanismen, die es verhindern, dass sie überhaupt erst so weit kommen“, sagte sie.

Vorverlagerte Grenzen

Implizit vorverlagerte Grenzen wie etwa verschärfte Visabestimmungen seien vor allem für Drittstaaten problematisch. Momentan besteht für 129 dieser Staaten Visumpflicht. „Es gibt kaum ein Krisengebiet auf der Erde, für das es diese Pflicht nicht gibt“, so Baxewanos. Die Hürden der Bürokratie in einer Krieg- und Fluchtsituation zu meistern, sei kaum möglich. Sollte es doch gelingen würden Anträge aber oft abgelehnt, weil man die Rückreisebereitschaft der Personen bezweifle.

Flüchtlingsrecht nicht anwendbar

Auch die Haftung für Transportunternehmen, die immense Strafzölle befürchten müssen, wenn sie Personen ohne ausreichende Dokumente transportieren, stehe der legalen Einreise im Weg. „Flüchtlinge begegnen der Festung Europa nicht erst an der geografischen Grenze, sondern praktisch an jedem Flughafen der Welt“, erklärte die Juristin. Durch diese vorverlegten Grenzen sei auch das internationale Flüchtlingsrecht nicht anwendbar, denn zum Flüchtling wird man demnach erst, wenn man sich außerhalb des eigenen Heimatlandes befindet.

Völkerrechtliche Verpflichtung

„Die derzeitige europäische Einwanderungspolitik fördert Schlepperei anstatt sie zu bekämpfen“, zog Baxewane Fazit. Flüchtlingen Schutz zu gewähren sei aber kein Gnadentat, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung, der europäische Staaten freiwillig zugestimmt hätten. Die Debatte ob „ein paar hundert mehr oder weniger Personen in Österreich aufgenommen werden sollen“, hält die Juristin für „beschämend“. Legale Einreisemöglichkeiten, etwa durch Botschafts asyl, die Abschaffung der Transportunternehmerhaftung

sowie mehr Transparenz bei den Missionen der EU-Grenzagentur Frontex seien laut Baxewanos „wichtige Punkte, um den völkerrechtlichen Schutz garantieren zu können.“

Flüchtlingsbewegungen vorhersehbar

Auch Andreas Schloenhardt vom Institut für Strafrecht und Kriminologie kritisierte die europäische Flüchtlingspolitik. „Flüchtlingsbewegungen und Schlepperei sind eigentlich immer vorhersehbar. Die Politik aber hinkt in der Regel Jahre hinterher. Dass man erst dann auf das Problem aufmerksam wird, wenn sich schon Millionen von Menschen auf den Weg machen, ist nicht notwendig“, sagte er. Viele Staaten, wie etwa Großbritannien, würden sich zudem immer mehr von der Verantwortung der Genfer Flüchtlingskonvention zurückziehen.

15.10.2014

[mehr Diversität - Aktuell ▶](#)

„Strafrecht kann Migration nicht kontrollieren, aber es bietet Regierungen eine billige Handlungsmöglichkeit, die positiv aufgenommen wird.“

RECHTSLAGE

In Österreich

1990 schien Schlepperei erstmals als Delikt im Fremdenpolizeigesetz auf, das seither oft überarbeitet wurde. Österreich war damit eines der ersten Länder, die Schlepperei als Verbrechen ahndeten.



International

Außenminister Wolfgang Schäussel initiierte 1996 einen internationalen Staatsvertrag gegen Menschenhandel. Das daraus resultierende UN-Zusatzprotokoll wurde im Jahr 2000 verabschiedet.



Schlepper sind in der Asyl-Debatte die Lieblings-Schurken von Behörden und Medien. Europa geht hart gegen sie vor. Aber wann wird Fluchthilfe zum Verbrechen?

GRENZGANG

zwischen Hilfe und Ausbeutung

Von Veronika Dolna

Im Zeugenstand sitzt jetzt Herr H., in blauem Hemd und strahlend weißer Hose. Die Beine, die darin stecken, wippen auf und ab. Herr H. ist nervös, wie jeder, der es nicht gewohnt ist, seine Stimme übers Mikrofon zu hören. Ein Telefonat, das er vor Monaten geführt hat, wird ihm vorgespielt. Es geht darin um 20 Euro, die er einem Burschen gegeben hat, der gerade aus Traiskirchen gekommen ist. „Für eine Telefonkarte“, sagt er. „Warum haben Sie dieser Person geholfen?“ fragt die Richterin den Angeklagten. „Der Mann, der mich darum gebeten hat, ist ein Freund von mir. Unsere Familien stehen sich seit Generationen nahe. Er hat mir auch schon oft geholfen.“

Es ist ein düsterer Vormittag in Niederösterreich, an diesem 9. Oktober, dem 32. Verhandlungstag im Schlepper-Prozess. Seit März bemüht sich der Schöffensenaat am Landesgericht Wiener Neustadt darum, herauszufinden, was an der Anklage der Staatsanwaltschaft gegen acht Asylwerber dran ist. Ihnen wird vorgeworfen, als Mitglieder einer kriminellen Organisation Menschen durch Österreich geschleust zu haben.

Erfolgreiche PR-Kampagne

Schlepper gibt es „vom kleinen, ungarischen Taxifahrer bis hin zum großen Netzwerk“, erklärt Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle Menschenhandel im Bundeskriminalamt vor Journalisten. Es ist ein klarer Abend im Burgenland, an diesem 2. Oktober, an dem das Innenministerium Medienvertreter eingeladen hat, beim Einsatz gegen Schlepper zuzuschauen. An der österreichisch-ungarischen Grenze werden Wärmebildkameras vorgeführt, am Grenzübergang Nickelsdorf LKWs kontrolliert. „Oft werden Barrieren gebaut, hinter denen sich Flüchtlinge verstecken“, schildert Tatzgern. Er erzählt von Menschen, die

unter Zellophan versteckt waren. Von Personen, die in Kühltransportern fast erfrieren.

Unter dem Titel „Operation Fox“ sollen in nächster Zeit vermehrt Schwerpunktkontrollen im Grenzgebiet durchgeführt werden. „Die Aktion richtet sich nicht gegen

„Man verfolgt zwei widersprüchliche Ziele: Einerseits will man Grenzen zumachen, andererseits Schlepperei bekämpfen. Doch das eine bedingt das andere.“

Kongress

Die Österreichische Gesellschaft für Exilforschung lud diese Woche zum Kongress „Schleppen, helfen – Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“.

schutzsuchende Menschen“, betont Innenministeriumssprecher Karl-Heinz Grundböck, „sondern gegen jene, die mit Menschenhandel Geld verdienen“. Die Botschaft, die das Innenministerium senden möchte, ist klar: Wir greifen hart durch. Und: Wer Menschen, die keine gültigen Papiere haben, gegen Geld über die Grenze bringt ist ein skrupelloser Krimineller, der Geschäfte mit der Not macht.

„Die Öffentlichkeitskampagne, die das Innenministerium seit Jahren fährt, ist erfolgreich“, resümiert Fritz Hausjell, Kommunikationswissenschaftler und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (öge), der die Berichterstattung über Schlepper untersucht hat. Es ist ein sonniger Nachmittag in Wien,

an diesem 13. Oktober. Die öge hat ins Gartenbaukino zu einem interdisziplinären Kongress geladen, in dem ein differenzierteres Bild gezeichnet wird, als es die üblichen Schlagzeilen vermitteln. Historiker und Soziologen, Juristen und Journalisten diskutieren über Fluchthilfe in Gegenwart und Vergangenheit (siehe rechts).

Keine Lobby für Fluchthelfer

Zurück ins Landesgericht Wiener Neustadt. Seit März nahm der Prozess viele Wendungen, die Angeklagten wurden aus der Untersuchungshaft entlassen, die Anklageschrift abgeändert. In der Hauptverhandlung muss nachgeholt werden, was eigentlich im Vorverfahren hätte geschehen sollen. Und so ackern sich eine Berufsrichterin, drei Schöffengerichte, drei Dolmetscher, eine Staatsanwältin, vier Anwälte, zwei Gerichtsschreiber und die acht Angeklagten durch 12.000 Telefonate, die über drei Monate von der Polizei mitgeschnitten wurden. Es geht darin um kleine Summen. Wurden mit den 20 Euro, von denen die Rede war, Mehl und Bohnen fürs Abendessen gezahlt? Waren siedas Schlepperhonorar? Hat H. mit den 150 Euro, die ihm ein Freund aus Griechenland geschickt hat, Schuhe und

eine Hose für dessen kleinen Bruder auf der Durchreise gekauft, damit der etwas Frisches zum Anziehen hätte, wenn er seine Familie in Holland wiedertreffen würde?

H. ist müde, es fällt ihm schwer, die Augen offen zu halten. Frühmorgens trägt er Zeitungen und Prospekte aus, auch an Tagen, an denen er um neun im Schwurgerichtssaal sitzen muss. Er habe Leuten dabei geholfen, weiter nach Deutschland oder Italien zu fahren. Das sei ein Fehler gewesen, räumt er ein. Um große Summen ging es dabei nie. „Wir alle können nicht mehr zurück“, sagt der Pakistaner in der Pause, „natürlich müssen wir einander helfen.“ Ist es ein Verbrechen, Mitfahrgelegenheiten und Zugtickets zu organisieren?

Wie niederschwellig das, was als „Schlepperei“ kriminalisiert wird, oft abläuft weiß Andreas Schlohenhardt. Der Strafrechtsprofessor der Universität Queensland, der auch das UNO-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung berät, forscht seit Jahren dazu und weiß: Die meisten, die als Schlepper tätig sind, waren selbst einmal Geschleppte. Das sei nicht überraschend: „Sie haben ein bisschen Know-How gesammelt und großes Interesse daran, anderen aus ihrem Umfeld, die in einer ähnlichen Situation sind, zu helfen. Das Bild von mafiaähnlichem Hintergrund, von Kartellen und Syndikaten, ist nicht mehr als ein Mythos“. Dass der so weit verbreitet ist, erklärt Fritz Hausjell: „Fluchthelfer haben keine Lobby“



Prozess

Acht Asylwerber, die angeblich bei der Schleusung von Menschen geholfen haben sollen, stehen seit März in Wiener Neustadt vor Gericht. Asyl-Aktivisten haben den turbulenten Prozess von Anfang an scharf kritisiert.



Polizei

Unter den Namen „Operation Fox“ und „Mos Maiorum“ ist die Polizei derzeit in Österreich und Europa im Großeinsatz gegen Schlepper.

Tatsächlich ist aber jeder, der in Europa Schutz sucht, auf Fluchthilfe angewiesen, weil es keine legale Möglichkeit gibt, außerhalb der EU um Asyl anzusuchen. Das Dilemma, in das sich die europäische Politik dadurch manövriert, zeichnet Fabiane Baxewanos vom Institut für Staats- und Verwaltungswissenschaften der Universität Wien nach: „Man verfolgt zwei widersprüchliche Ziele: Einerseits will man Grenzen zumachen, andererseits Schlepperei bekämpfen. Dabei bedingt das eine das andere.“ Die derzeitige Einwanderungspolitik Europas fördere daher Schlep-

In der EU

Der Europäische Rat beschloss im November 2002 eine Richtlinie, die die Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt definierte und 2004 in Kraft trat.

perei, anstatt sie zu bekämpfen, so ihr Fazit.

Die Politik reagiert jedoch mit Polizeieinsätzen. Unter dem Titel „Mos Maiorum“ (lat.: die Sitten der Ahnen) findet seit Montag eine EU-weite Geheimoperation gegen Migranten ohne gültige Reisedokumente statt. Das geht aus einem internen Dokument der italienischen EU-Ratspräsidentschaft hervor, das die britische NGO Statewatch ins Netz gestellt hat. Die Behörden sollen Informationen über Schlepperwege sammeln, die dann von Geheimdiensten genutzt werden können, heißt es darin.

Die Grenzen des Strafrechts

Für den Juristen Andreas Schloenhardt steht fest: „Strafrecht schafft es nicht, Migration zu verhindern oder kontrollieren. Aber es bietet Regierungen eine billige Handlungsmöglichkeit, die sich relativ schnell umsetzen lässt, und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wird.“

Ob auch H. und seine Mitangeklagten diese populäre harte Hand zu spüren bekommen, steht wahrscheinlich bis 4. Dezember fest. Das ist vorerst der letzte Tag, der 43. in Summe, an dem er in Wiener Neustadt vorgeladen ist. Die Anspannung wird auch mit der Routine nicht weniger. Letzen Montag, am sonnigen Tag 33 auf der Anklagebank, brach er in Tränen aus: „Wenn Sie glauben, dass ich ein Täter bin, dann hängen Sie mich auf.“

Zwischen 1940 und 1941 half Varian Fry mehr als 2000 Verfolgten bei der Flucht in die USA – mit teils illegalen Methoden.

Der Engel von Marseille

Von Veronika Dolna

Gefälschte Dokumente, geführte Fluchtmärsche durch die Berge, ein Team, das im Untergrund handelte: Die Geschichte erinnert an Meldungen über heutige „Schlepperbanden“. Mehr als 2000 Menschen verdanken Varian Fry, dessen Schicksal die Literaturwissenschaftlerin Giorgia Sogos diese Woche auf der Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung beleuchtet, ihr Leben; darunter prominente Namen wie Hannah Arendt, Alma Mahler-Werfel und Mark Chagall oder Heinrich Mann. Als er aktiver Fluchthelfer war, wurde Fry strafrechtlich verfolgt. Heute wird als „Engel von Marseille“ gefeiert.

Es war 1935, als der Journalist Varian Fry einige Zeit in Berlin verbrachte. Von seinem Hotelfenster aus beobachtete der damals 28-Jährige, wie ein Jude auf der Straße misshandelt wurde. Dieser Vorfall, berichtete ein Freund später, hinterließ Fry tief traumatisiert und sensibilisiert für den immer brutaler werdenden Antisemitismus in Europa.

„Beratungsstelle“ mit geheimer Mission

Als sich 1940, kurz nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, in New York eine Gruppe gründete, um in Frankreich gestrandete Künstler und Intellektuelle bei der Emigration nach Übersee zu unterstützen, war Fry deshalb sofort dabei. Auch die damalige First Lady Eleanor Roosevelt sympathisierte anfangs mit dem „Emergency Rescue Committee“ (ERC). Ihr Einfluss bewirkte, dass die US-Regierung von Verfolgung Bedrohten freie Einreise in die USA gewährte. Varian Fry übersiedelte Ende Juli für das ERC nach Marseille, um die Fluchthilfe zu organisieren.

In einem Hotelzimmer, später in einem angemieteten Büro, richtete er eine „Beratungsstelle“ ein, deren Hauptaufgabe freilich eine andere war. Mit einem kleinen Team von Unterstützern besorgte er Geld, Medikamente und Lebensmittelmarken für die Klienten. Er organisierte sichere Zwischenunterkünfte und organisierte die Weiterreise.

Schnell zeichnete sich ab, dass sich diese Aufgabe nicht immer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften erfüllen ließ. Um Frankreich

verlassen zu müssen, brauchten Flüchtlinge nämlich zwei Visa: Das amerikanische Einreisevisum, das die Regierung anfangs noch bereitwillig ausstellte. Und ein französisches Ausreisevisum, das die Exilierten aber in große Gefahr brachte, weil es die französischen (und damit die deutschen) Behörden darüber informierte, wo sich die Verfolgten aufhielten, und dass sie

„Manche brachte Fry mit dem Schiff in die französische Kolonie Martinique und von dort weiter in die USA. Andere wurden auf dem Landweg nach Spanien und weiter nach Portugal gebracht.“

vorhatten, das Land zu verlassen. Zudem verfügten viele der Flüchtlinge, die nach Südfrankreich gekommen waren, um von dort Europa zu verlassen, über gar keine gültigen Reisedokumente. Fry musste da-



Foto: aus dem Archiv von Annette Fry

Varian Fry

Als Journalist kam Fry nach Europa. Er verhalf Tausenden zur Flucht, bis er verhaftet und ausgewiesen wurde.

her in vielen Fällen nicht nur das Ausreisevisum beschaffen, sondern auch Identitätsdokumente oder Transitvisa besorgen. Originaldokumente wurden gefälscht, Stempel gemalt, teils vollständig fiktive Papiere entworfen. Einen Teil der Flüchtlinge brachten Fry und sein Team von Marseille mit dem Schiff in die französische Kolonie Martinique, von dort weiter in die USA. Anderen wurden auf dem Landweg durch die Pyrenäen nach Spanien gebracht. Von dort führte die Fluchtroute weiter ins neutrale Portugal, von wo aus die Reise in die USA möglich war.

Im Visier der Regierungen

Diese Praktiken waren den Behörden allerdings bald ein Dorn im Auge. Das Vichy-Regime versuchte Frys Arbeit Einhalt zu gebieten und auch die US-Regierung wendete sich bald ab. Sie wollte nicht riskieren, die klandestinen Praktiken eines US-Staatsbürgers Frankreich gut zu heißen und damit die Beziehungen zu Vichy-Frankreich aufs Spiel zu setzen, das sie als Verbündeten brauchten. Zudem schlug die politische Stimmung in den USA um und wurde zunehmend flüchtlingsfeindlicher. Ein Gesetz zur Neuregelung der Einwanderer, das 1941 in Kraft trat, zielte darauf ab, die Zuwanderung von Personen zu unterbinden, denen nachgewiesen werden konnte, dass nahe Verwandte in von den Nationalsozialisten besetzten Ländern lebten. Eleanor Roosevelt setzte sich nicht mehr für die Exilanten ein, die USA wurde bei der Vergabe von Einreisevisa restriktiver.

Auch Varian Fry selbst geriet ins Visier der Regierungen. Die Amerikaner weigerten sich, ihm einen neuen Pass auszustellen, als seiner abgelaufen war, und wollten ihn so aus Marseille zurück holen. Die französische Polizei ermittelte gegen ihn, seine Aktivitäten wurden überwacht, sein Telefon abgehört. Fry ließ sich nicht einschüchtern, arbeitete weiter, obwohl er keinen gültigen Pass mehr besaß. Im August 1941, ein gutes Jahr nachdem er seine Arbeit begonnen hatte, wurde er von der französischen Polizei verhaftet. Er hatte eine Stunde, um seine Sachen zu packen, dann wurde er in die USA abgeschoben. Nach seiner Ankunft stand er dort unter Beobachtung durch das FBI.

Varian Frys Rehabilitierung kam erst unmittelbar vor seinem Tod: 1967 wurde er für seinen „heldenhaften Beitrag für die Freiheit“ in die französische Ehrenlegion aufgenommen. Kurz darauf verstarb er im Alter von 59 Jahren in Connecticut. 1995 war Varian Fry der erste und einzige US-Bürger, der unter die Gerechten unter den Völkern in Israels Holocaust-Mahnmal Yad Vashem aufgenommen wurde.

Wissenschaftspreis

des Sozialministeriums für JungakademikerInnen

Der „Wissenschaftspreis für JungakademikerInnen“ wird 2015 zum ersten Mal verliehen.

Zentrales Anliegen des Preises ist die Förderung der (Nachwuchs-)Forschung im Bereich der angewandten Gesellschaftswissenschaften. Der Preis soll auch verstärktes Interesse an sozialpolitischen Themen im akademischen Bereich wecken.

Der Wissenschaftspreis ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert.

Wer kann sich bewerben?

Personen, die sich in ihren abgeschlossenen Master-, Diplomarbeiten und Dissertationen aus den Jahren 2012 bis Ende Jänner 2015 mit den Themen „Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialstaates sowie Lebens- und Teilhabechancen“ auseinandersetzen.

Alle Informationen zur Beteiligung am Wissenschaftspreis: sozialministerium.at



2. Kriminelle oder Helden? Fluchthelfer vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart

51 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Der Großteil dieser Flüchtlinge muss nicht nur viele Gefahren auf sich nehmen, um ein sicheres Land zu erreichen, die Ausreise ist für sie auch mit hohen Kosten verbunden. Sie sind auf Menschen angewiesen, die ihnen helfen - manche tun dies aus Idealismus, andere verdienen damit Geld. Fluchthilfe ist jedoch bei weitem kein Phänomen der Gegenwart. Rückblickend werden Menschen, die etwa Verfolgten des NS-Regimes die Flucht ermöglicht haben, als Helden verehrt - egal ob sie an der Hilfe verdient haben oder nicht. Die Schweizer Kulturwissenschaftlerin Ina Boesch hat die Umstände illegaler Grenzübertritte und die Geschichten der Fluchthelfer vom Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart analysiert. Ihre Forschungsergebnisse hat sie diese Woche beim Internationalen Symposium "Schleppen, schleusen helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung" präsentiert, das diese Woche von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung in Wien veranstaltet wurde. Mit Ina Boesch, Kulturwissenschaftlerin, Schweiz. Autorin: Marlene Nowotny.

Gut, dass es Schlepper_innen gibt

Nonantola, Lampedusa ...

«**W**ie sind diese drei Grenzen überwältigt worden? Das war schwierig. Die Flucht der jüdischen Kinder dauerte insgesamt über viereinhalb Jahre!» Klaus Voigt aus Berlin sprach auf der Wiener Tagung «Schleppen», schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung» (Konzept und Koordination: Dr. Gabriele Anderl) über die 73 Kinder der Villa Emma in Nonantola/Italien, die von der örtlichen Bevölkerung während des Faschismus versteckt wurden. Die Fluchthelferin Recha Freier brachte die Kinder zunächst mit dem Taxi nach Zagreb: «Es waren viele Schmiergelder im Spiel. Die kroatische Ustascha hatte sich ja den Deutschen an die Brust geschmissen.»

Der Übergang nach Triest war leichter: «So viele Kinder zurückweisen, das wollte kein Grenzbeamter auf sich nehmen, zumindest kein italienischer.» Die gefährlichste Flucht war aber die in die Schweiz. «Dafür waren Schmuggler nötig, denn nur die konnten den Grenzfluss Tresa durchwaten. Die Kinder über 16 wurden zurückgeschickt, die jüngeren ließ man hinein.» Den jüdischen Fluchthelfer Gofreddo Pacifici verhaftete man an der Grenze und deportierte ihn nach Auschwitz. 130 Kinder, 90 davon aus Wien, wurden bei einer anderen Kinderflucht an der Grenze von den Schmugglern im Stich gelassen und saßen im Schnee, bis die Zagreber Polizei sie verhaftete.

Die örtliche Trennung des Fluchthilfe-Kongresses in einen

der NS-Zeit gewidmeten Teil (Akademie der bildenden Künste) und einen aktuellen Teil (Gartenbaukino) tat der Übersichtlichkeit gut. Bei den Vorträgen fiel auf, wie schön und wissenschaftlich die Vorträge über die NS-Flüchtlinge ausfallen und wie fragmentarisch und engagiert dagegen diejenigen über die heutige Zeit. Man konnte richtig ungeduldig mit beiden Seiten werden. Doch in manchen Momenten brach die angeblich schon so abgeschlossene und beforschte NS-Zeit auf. Wenn z. B. die Tochter eines Bootsflüchtlings aus der NS-Zeit beim Film «Keine Insel» von Fabian Eder über die heutigen Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, die in Lampedusa stranden, starke Magenschmerzen bekommt ...

kek

Flucht und heimlicher Grenzübertritt **in der NS-Zeit und heute**

Die Bilder heimlicher Aus- und Einreisen während des NS-Regimes ähneln jenen heutiger internationaler Fluchtbewegungen auf erschütternde Weise. Aber auch politische Rhetorik und Abwehrmaßnahmen in zum Teil menschenunwürdigem Ausmaß.

Von Irene Messinger

Zahlreiche Kriege und Krisen auf der Welt verursachen, dass zahllose Menschen vor ihnen auf der Flucht sind. Die westlichen Staaten schotteten sich vor Flüchtlingen ab: im Mittelmeer neuerdings abgesichert durch die Operation Triton der Grenzschutzorganisation Frontex; und auch alle anderen Grenzen sind militärisch gesichert und mit modernen Überwachungsanlagen zur Flüchtlingsabwehr ausgestattet. Menschen, die sich über das Meer oder über den Landweg auf den gewagten Weg nach Europa machen, brauchen daher Unterstützung bei der heimlichen Überwindung der Grenzen.

Unter dem Titel „Schleppen“, schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung“ widmete sich Mitte Oktober ein Symposium in Wien unterschiedlichen Fluchthilfe-Phänomenen seit 1933. Es stellte differenzierte Fragen nach Unterschieden und Parallelen zwischen der NS-Zeit und heute



Haapala (Flucht) nach Palästina. Die Geschichte des Exodus gilt als Symbol für die Odyssee jüdischer Flüchtlinge vom alten Kontinent.

vielen Staaten der Welt beteuert, doch niemand wollte sie haben; die politische Rhetorik, die Argumentationen und das Verhalten gleichen der heutigen Situation, denn letztlich überboten sich die

die sich häufig daran orientierten, welchen Profit sich das Exilland von ihrer Ausbildung, ihren beruflichen Erfahrungen oder familiären Kontakten versprach. Anhand einiger Vorträge wurde offensichtlich, wie die Einreisebestimmungen für damalige Exilländer bzw. für den Familiennachzug jenen Vorgaben gleichen, denen Flüchtlinge und deren Familienangehörige heute im österreichischen Fremdenrecht zu entsprechen haben.

Wer diese Kriterien nicht erfüllen konnte und kann, versucht(e) die Einreise auf anderem Weg: Diese Dienstleistung wird den Flüchtlingen in Qualität, Umfang und Preislagen unterschiedlich angeboten. Meist wissen sie um das damit verbundene Risiko, sehen aber keine andere Option des (Über-)lebens. Die Beispiele aus der NS-Zeit reichten von Schmugglerwegen über die Schweizer oder die italienischen Berge, mit gefälschten Papieren in Kohlewägen versteckten Flüchtlingen bis zu illegalen Schiffstransporten nach Palästina. Die Bilder jener heimlichen Einreisen

scheinen uns aus heutigen medialen Darstellungen vertraut. Die Berichte

... überboten sich die Länder in Abwehrmaßnahmen, die eine illegale Einreise erforderlich machten.

und wie „Schlepperei“ vor dem historischen Hintergrund bewertet werden kann. Es ist zu beobachten, dass sich potenzielle Aufnahmeländer sowohl im heutigen Europa als auch während des Nationalsozialismus eher abschotteten, als Flüchtlinge aufzunehmen. 1938 wurde bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian die Dramatik der Situation Verfolgter im NS-Regime von

Länder in Abwehrmaßnahmen, die eine illegale Einreise erforderlich machten.

Einreisebestimmungen. Für die Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich waren beispielsweise Großbritannien und die USA begehrte Ziele, doch diese Staaten nahmen nur eine begrenzte Anzahl von Verfolgten auf. Sie wurden nach bestimmten Kriterien ausgewählt,

über die Strategien der Fluchtplanung, die sich beispielsweise nach dem Wetter orientierten, auch die Angst und die Hoffnungen der Flüchtlinge finden sich ähnlich in heutigen Erzählungen von Flüchtlingen. Auch heute wird die Flucht selten von einem organisierten Netzwerk vom Herkunftsland bis Europa durchgeführt, meist ist jede Grenze eine neue Herausforderung, die Frage



Barat Ali Batoor, Fotograf und Flüchtling aus Afghanistan, dokumentierte 2013 seine heimliche Überfahrt mit dem Boot nach Australien, „The Unseen Road to Asylum“.

nach den richtigen Papieren oder professionellen Schleppern steht jedes Mal aufs Neue im Raum. Je nach Vereinbarung, Risiko und Nebenkosten kann für die Überwindung jeder Grenze von Kosten von 500 bis 1.500 Euro ausgegangen werden. Der „Schlepper“ bietet dafür sein Fachwissen, Netzwerke, Transportmittel, und er nimmt das Risiko auf sich, mehrere Jahre ins Gefängnis zu kommen. In Österreich beträgt der Strafraum für (ausbeuterische) Schlepperei bis zu zehn Jahre, auch in der NS-Zeit war die „Judenschleppung“ kriminalisiert. Solche Grenzübertritte und Fluchthilfe waren für im Nationalsozialismus Verfolgte von großer Bedeutung und erwiesen sich vielfach als lebensrettend (siehe Interview). Die IKG hatte beispielsweise einen Vertrag mit dem „Schlepper“ Josef Schleich, der Juden und Jüdinnen gegen Bezahlung heimlich über die Grenze nach Jugoslawien brachte.

Andere Nachbarländer versuchten, die Flüchtlinge aus dem NS-Reich wieder loszuwerden: Wurden illegale Flüchtlinge – etwa von Deutschland aus an der Grenze zu Belgien oder Frankreich – aufgegriffen, wurden sie meist zurückgeschickt oder monatelang in Anhaltelagern interniert. Auch heute fürchten viele Flüchtlinge, wieder

in ihr Herkunftsland zurück zu müssen. Wo sie ihr Asylverfahren durchlaufen, hängt aufgrund des Dublin-Abkommen davon ab, in welchem Staat die Person erstmals aufgegriffen oder registriert wurde. Dies führt zu einem Ungleichgewicht innerhalb Europas, denn die meisten Flüchtlinge landen in den südlichen Staaten Europas. Reisen die Flüchtlinge in andere Staaten weiter, um etwa bei Familienangehörigen oder Freunden zu leben, werden sie wieder ins erste Aufnahmeland zurück überstellt, um ihr Asylverfahren abzuschließen; die Zeit bis dahin warten sie häufig in Schubgefängnissen ab oder werden in geschlossenen Lagern untergebracht.

Es wird differenziert zwischen Menschen, denen viele Rechte und Freiheiten zugestanden werden wie EU-BürgerInnen, die Reisefreiheit genießen und deren innereuropäische Migration positiv als Mobilität wahrgenommen wird, und jenen Menschen auf der Flucht, die zwar auf völkerrechtlicher Ebene geschützt sind, aber in der Praxis

relativ rechtlos zahlreichen Bewegungsbeschränkungen unterliegen, sei es in den Zwischenstationen auf der Fluchtroute, in Aufnahmelagern, in isolierten Unterbringungen oder Abschiebegefängnissen.

Die europäische Antwort auf globale Krisen und Fluchtbewegungen ist die immer strenger reglementierte Grenzkontrolle, doch genau diese bedingt, dass Fluchthilfe nur gefährlicher und teurer wird. Wenn auf Katastrophen wie das Schiffunglück vor Lampedusa, bei dem im Vorjahr rund 360 Menschen starben, letztlich mit Verschärfungen reagiert wird, ohne eine Lösung auf europäischer Ebene zu suchen, ist das problematisch für alle. Verglichen mit den Zahlen der zehntausenden Flüchtlinge, welche die Nachbarländer der Krisengebiete aufgenommen haben, scheint die Aufregung um wenige Hunderte Flüchtlinge, die Österreich offiziell aufzunehmen bereit ist, unwürdig.

Manche „Schlepper“ von damals wurden zwar spät und manchmal erst postum geehrt oder von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. Es bleibt abzuwarten, wie in mehreren Jahrzehnten die Handlungen jener Menschen beurteilt werden wird, die heute Flüchtlinge über die Grenzen bringen. ➤

GABRIELE ANDERL

„Fluchthilfe für Juden galt als schweres Delikt“



WINA: Sie beschäftigen sich seit Jahren mit verschiedenen Arten informeller Grenzüberschreitungen in der NS-Zeit. Was hat Sie zu diesem Thema gebracht?

Gabriele Anderl: Schon im Rahmen der zahlreichen lebensgeschichtlichen Interviews mit Überlebenden der Schoa, die ich durchgeführt habe, ist mir dieses Thema häufig untergekommen. Als ich dann an einem Forschungsprojekt über die Flucht österreichischer Jüdinnen und Juden in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina gearbeitet habe, waren die illegalen Schiffstransporte dorthin ein wichtiger Aspekt. Bei der weiteren Beschäftigung mit der NS-Vertreibungspolitik wurde mir dann klar, dass es eine zahlenmäßig bedeutsame illegale Einwanderung auch in verschiedene andere Länder gegeben hat – zum Beispiel in die Schweiz oder nach Belgien.

„Wir wollen zeigen, dass das Phänomen der illegalen Flucht über Grenzen kein neues ist.“

In welchen Zeiträumen waren diese Grenzübertritte besonders wichtig?

I Die illegale Einreise in verschiedene Länder war bereits in den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1933 von Relevanz. Doch mit dem „Anschluss“ Österreichs und vor allem nach dem Novemberpogrom wurde sie zu einem Massenphänomen. Denn während die Nationalsozialisten nun auf systematische Vertreibung setzten und diese mit der vollständigen Beraubung der Verfolgten verknüpften, fehlten die entsprechenden Aufnahmemöglichkeiten in andere Ländern. Es wurden Flüchtlinge aufgenommen, aber vielfach nur widerstrebend und in viel zu geringer Zahl.

Gab es in der NS-Zeit eine strafrechtliche Verfolgung bzw. Kriminalisierung sowohl jener Personen, die über die Grenze gebracht wurden, als auch der so genannten Schlepper?

I Während der Phase der systematischen Vertreibung, also bis zum Verbot der jüdischen Auswanderung im Oktober

1941, kam es vor allem in den Zufluchtsländern zur Verurteilung von Fluchthelfern. In Deutschland, wo ja sogar SS- und Gestapomänner Menschen über grüne Grenzen schleusten, wurden im Zusammenhang mit Fluchthilfe vor allem Devisen- und Passvergehen geahndet. Kriminalisiert wurde Fluchthilfe also dann, wenn der Verdacht bestand, dass Vermögenswerte ins Ausland verschoben wurden oder Flüchtlinge das Land verließen, ohne die geforderte Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung zu besitzen.

Aus vielen Ländern wurden illegal Eingereiste abgeschoben, auch zurück nach Deutschland, etwa aus Belgien und der Schweiz. Häufig wurden illegal Eingereiste auch in Lagern interniert, etwa von den Briten in Palästina.

Nach dem Auswanderungsverbot und dem Beginn der systematischen Deportationen in Deutschland und den besetzten Gebieten waren sowohl die versuchte Flucht als auch Fluchthilfe eine lebensgefährliche Angelegenheit; Fluchthilfe für Juden galt als schweres Delikt, das häufig mit KZ-Haft bestraft wurde. Die Anklage lautete nun etwa auf „Feindbegünstigung“. Die aufgegriffenen Jüdinnen und Juden wurden zumeist umgehend deportiert.

Gibt es Schätzungen zu Zahlen von Schleppern bzw. Menschen, die dadurch gerettet werden konnten?

I Genaue Zahlen gibt es nicht, das liegt in der Natur der Sache. Wir wissen von illegalen Rettungsaktionen ja meist nur dann, wenn sie scheiterten und deshalb bei Behörden aktenkundig wurden, oder aus lebensgeschichtlichen Berichten. Ich gehe davon aus, dass die Zahl jener österreichischen Jüdinnen und Juden, die im Zuge ihrer Flucht ein- oder mehrmals Grenzen illegal überquert haben, weitaus höher ist, als allgemein angenommen wird. Es waren auf jeden Fall Tausende, ich würde sogar von einer fünfstelligen Zahl ausgehen. Ohne diese Praktiken wäre die Zahl der Schoaopfer noch wesentlich größer.

Wie werden diese illegalen Praktiken zur Grenzüberschreitung aus heutiger Sicht betrachtet?

I Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. Eine Reihe von Männern und Frauen, die damals Zivilcourage gezeigt und Gesetze ihrer jeweiligen Länder missachtet haben, um Ver-

GABRIELE ANDERL,

Dr. phil., war Mitarbeiterin in der österreichischen Historikerkommission; zahlreiche Publikationen zu zeitgeschichtlichen Themen, insbesondere zur Vertreibungs- und Beraubungspolitik der Nationalsozialisten, zur Exilforschung und zur Flüchtlingspolitik, zum NS-Kunstraum sowie Aspekten der jüdischen Geschichte; freie Autorin und Journalistin; Mitglied der Kommission für Provenienzforschung.

folgten selbstlos zu helfen, sind inzwischen rehabilitiert und von verschiedenen Staaten geehrt worden. Meist geschah dies allerdings erst postum, nachdem sie vorher kriminalisiert worden waren und ihre Existenzgrundlage verloren hatten. Prominente Beispiele sind der Schweizer Paul Grüninger, der US-Amerikaner Varian Fry oder der portugiesische Diplomat Aristides de Sousa Mendes. Andere Fluchthelfer werden bis heute sehr kontrovers beurteilt, vor allem Personen, die sich durch Fluchthilfe bereichert hatten. Einige Überlebende wollten etwa durchsetzen, dass der steirische „Judenschlepper“ Josef Schleich, der rund 1.500 Jüdinnen und Juden zur Flucht über die Grenze nach Jugoslawien verholfen hatte, von Yad Vashem als „Gerechter“ geehrt wird. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dem jüdischen Funktionär und Fluchthelfer Berthold Storfer wird zum Teil bis heute – meiner Ansicht nach zu Unrecht – vorgeworfen, ein Kollaborateur der Nationalsozialisten gewesen zu sein. Er hat nicht gewinnorientiert gearbeitet, die Flucht Tausender Verfolgter nach Palästina organisiert und ist am Ende in Auschwitz ermordet worden.

Sie sind Initiatorin der Tagung „Schleppen, schleusen, helfen“, welches Ziel verfolgt sie?

Es ist ein Anliegen der Tagung, dem sehr eingeleiteten öffentlichen Diskurs, in dem Fluchthilfe generell kriminalisiert wird, eine differenzierte Betrachtungsweise entgegenzusetzen. Dass in diesem Bereich auch kriminelle Geschäfte auf Kosten von Verfolgten gemacht werden, steht außer Frage. Unserer Meinung nach fördert aber gerade eine restriktive Flüchtlingspolitik die Illegalität und damit auch derartige Praktiken. Wir wollen zeigen, dass das Phänomen der illegalen Flucht über Grenzen kein neues ist und etwa schon in der NS-Zeit vielen Verfolgten keine andere Wahl blieb, als auf diese Weise ihr Leben zu retten.

Im Laufe der Tagung werden ausgewiesene Expertinnen und Experten die verschiedensten Aspekte von Fluchthilfe in Vergangenheit und Gegenwart beleuchten. In diesem Sinn geht es um eine Bestandsaufnahme, in der vorhandenes Wissen gebündelt wird. Gleichzeitig aber sollen auch konstruktive Diskussionen angeregt und Wege aufgezeigt werden, wie dem Phänomen Flucht mit mehr Bedacht auf Menschenwürde begegnet werden kann.

Da das Wort „Schleppen“ im Tagungstitel unter Anführungszeichen steht, nehme ich an, Sie wollen sich davon**distanzieren. Welchen Begriff finden Sie treffender?**

Es ist ein unschönes, sehr negativ konnotiertes Wort, das übrigens auch die Nationalsozialisten verwendet haben, die gern von „Judenschlepporganisationen“ gesprochen haben. Auch heute hat es ganz eindeutig einen

Beigeschmack, der die Akteure, mitunter aber auch die Flüchtenden selbst, in die Nähe von Kriminalität rückt, egal, welche Motive im konkreten Fall dahinterstehen. Fluchthilfe ist zweifellos neutralerer, aber es gibt noch zu wenig Auseinandersetzung mit der Frage der Begrifflichkeiten.

Sehen Sie hinsichtlich des Phänomens Schlepperei/Fluchthilfe Parallelen zwischen der NS-Zeit und der heutigen Situation?

Parallelen gibt es zahlreiche, wobei ich unterstreichen möchte, dass wir von Vergleichen und nicht von Gleichsetzen sprechen. Der NS-Staat und heutige Terrorregime werden nicht auf eine Stufe gestellt. Aber es geht darum, dass damals wie heute Menschen vor Terror und Verfolgung aus ihren Heimatländern flüchten müssen, meist unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe. Das ist eine traumatische Erfahrung, die verschärft wird, wenn den Betroffenen vermittelt wird, dass sie nirgendwo erwünscht sind. Es gibt auch zahlreiche Parallelen in den Argumentationen, mit denen die potenziellen Aufnahmeländer ihre Abschottungspolitik damals begründet haben und heute begründen. Es wird vor den Folgen für den Arbeitsmarkt gewarnt, es ist von „Überfremdung“ die Rede und davon, dass „das Boot voll“ sei, also ein weiterer Zustrom von „Fremden“ politisch nicht zu verkraften sei.

Was können wir daraus lernen?

Wir sollten daraus lernen, dass Flucht kein Verbrechen ist, dass Flüchtlinge Menschen sind, die nach ihren Erlebnissen besonderer Fürsorge bedürfen und einen Platz brauchen, an dem sie zur Ruhe kommen und ein neues Leben beginnen können. Ich glaube auch, dass sich Österreich in diesem Punkt einer besonderen Verantwortung bewusst sein sollte. In der NS-Zeit wurden, unter aktiver Mitwirkung weiter Teile der Bevölkerung, 130.000 Menschen aus diesem Land vertrieben und nach Kriegsende nicht mehr zur Rückkehr aufgefordert. Jene, denen die Flucht nicht mehr gelungen ist, wurden systematisch ermordet.

Interview: Irene Messinger



Gabrielle Anderl/
Walter Manoschek
Gescheiterte Flucht. Der Kladovo-Transport auf dem Weg nach Palästina.
Mandelbaum Verlag 2001;
288 S., € 21



Gabrielle Anderl/
Alexandra Caruso (Hg.)
NS-Kunstraub in Österreich und die Folgen.
Studienverlag 2006,
314 S., € 34,50



Gabrielle Anderl
9096 Leben. Der unbekannte Judenretter Berthold Storfer.
Rotbuch Verlag 2012;
400 S., € 19,95



Gabrielle Anderl/
Evelyn Adunka
Jüdisches Leben in der Wiener Vorstadt. Ottakring und Hernals
Mandelbaum Verlag 2013;
380 S., € 24,90

Massachusetts Amherst. Bis zu seiner Emeritierung dort im Jahre 1988 nahm er auch Gastprofessuren wahr an den Universitäten in Frankfurt am Main, Freiburg und Bonn und an der Visva-Bharati University in Indien. Für seine wissenschaftlichen Verdienste wurde er vielfach ausgezeichnet, 1988 ehrte ihn die Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesverdienstkreuz. Auf gesellschaftspolitischem Gebiet ist besonders sein Engagement in der amerikanischen Anti-Atom-Bewegung hervorzuheben.

Gerard Braunthal wird in Erinnerung bleiben als eminenter Forscher der (partei)politischen – hier lag der Fokus im Besonderen auf der SPD –, ökonomischen, sozialen und mentalen Entwicklungen und Verschränkungen vor allem in Westdeutschland / in der Bundesrepublik. Implizit oder explizit bezog er Retrospektiven auf die nationalsozialistische Zeit, die Weimarer Republik und selbst auf das Kaiserreich in seine Analysen mit ein. Darüber hinaus wird er in Erinnerung bleiben als ein Mittler über den Atlantik hinweg, sei es mit seinen englisch- und/oder deutschsprachigen Büchern, Artikeln und Besprechungen in renommierten (internationalen) Zeitschriften oder mit seinen Beiträgen in Handbüchern und Enzyklopädien; sei es als Mitglied des Präsidiums der Conference Group on German Politics oder als Mitglied der Redaktionskommission der Zeitschrift *German Politics and Society*. Ein gutes Beispiel für seine Mittlerrolle ist die amerikanische Publikation *Socialist Labor and Politics in Weimar Germany: The General Federation of German Trade Unions* von 1978 und die überarbeitete deutsche Version von 1981, *Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund: Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*. Letztere war ausdrücklich ein Beitrag zur damals aktuellen Debatte über die Politik des ADGB und das Verhältnis zur SPD und deren Politik während der ganzen Jahre von 1918 bis 1933. *Parties and Politics in Modern Germany* von 1996 war mit seiner Darlegung der Prozesse im vereinten Deutschland hauptsächlich für ein amerikanisches Publikum gedacht. *Political Loyalty and Public Service in West Germany: The 1972 Decree against Radicals and Its Consequences* (1990; deutsche Ausgabe: *Politische Loyalität und öffentlicher Dienst: Der „Radikalenerlass“ von 1972 und die Folgen*, 1992) und die letzte größere wissenschaftliche Studie, *Right-Wing Extremism in Contemporary Germany* (2009) – es gibt keine deutschsprachige Ausgabe – sind Zeugnisse von Gerard Braunthals persönlicher Besorgtheit um Fortgang oder Einschränkung von Demokratie und Freiheit im (vereinten) Deutschland, gesehen im Kontext der Ost-West-Auseinandersetzungen bzw. globaler Rezession.

Mir persönlich – und wohl allen, die mit ihm in Verbindung gestanden haben – wird Gerard Braunthal als ein offener, lebenswürdiger ‚Exilant‘ in Erinnerung bleiben. Seit unserer ersten (und einzigen) Begegnung von Angesicht zu Angesicht, zusammen mit seiner leider bereits 2009 verstorbenen Frau Sabina, im Jahr 1995 im Hause der ehemaligen Exilanten Hilda Hertz Golden und Morris Golden in Amherst, korrespondierten wir per Post und e-mail, mit oder ohne Anlagen, über persönliche, familiäre, kulturelle, politische, wissenschaftliche Angelegenheiten. Sein letztes Mail kam im Juli dieses Jahres aus dem Krankenhaus, und ich hatte das Glück, mit ihm noch einmal per Telefon sprechen zu können. Er klang bereits recht schwach.

Ursula Langkau-Alex, Amsterdam

**Internationales Symposium
„Schleppen“, schleusen, helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung
Wien, 13. bis 15. Oktober 2014**

Fluchthilfe und „Schlepperei“ sind hochaktuelle Themen, deren Behandlung in den Medien jedoch eine einseitige Fokussierung auf die negativen Aspekte – die „illegalen

Schlepperbanden“ – erkennen lässt, eine Tatsache, die auch auf der von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (öge) in Kooperation mit zahlreichen Mitveranstaltern organisierten Tagung aus unterschiedlichen Perspektiven behandelt wurde. Zur Eröffnung sprachen Fritz Hausjell und Hauptorganisatorin Gabriele Anderl im Gartenbaukino einige der zentralen Themen an: das notwendige Umdenken im Fluchthilfediskurs, die kontroverielle Bewertung der Hilfeleistung gegen Entgelt sowie die Bezüge zwischen der NS-Zeit und heute.

Im ersten Referat berichtete Ina Boesch über ihr epochenübergreifendes Projekt „Grenzfälle“. In Interviews mit FluchthelferInnen wurde deutlich, dass keine/r der Handelnden als Held oder Heldin verstanden werden wollte, im Vordergrund stand stets das Gefühl einer moralischen Verpflichtung zu helfen. Christoph Reinprecht plädierte in seinem Beitrag für semantische Reflexivität – Begriffe können vereinfachen, aber auch verschleiern. So verwenden Flüchtlinge selbst meist die wertneutralen Wörter „agent“ oder „broker“ für ihre HelferInnen, die aber gleichzeitig auf den ökonomischen Aspekt verweisen. Analogien zwischen Scheinehen und Schlepperei arbeitete Irene Messinger heraus. Beide werden durch Systeme bedingt, die Menschen in die Illegalität zwingen; je restriktiver die Gesetze, um so gefährlicher und lukrativer ihre Umgehung.

Nach Vorführung des Dokumentarfilms *Enfin j'avais quitté le bled* über Harraga – Menschen, die ihre Papiere verbrennen, um nationalstaatlicher Kontrolle und Ausweisung zu entgehen – stellte sich der Mitwirkende Yassine Zaaitar Fragen aus dem Publikum. Mehrere Beiträge beleuchteten die juristische Dimension. Andreas Schloenhardt skizzierte die Entwicklung der österreichischen Gesetzgebung zum Tatbestand Schlepperei im internationalen Vergleich. Auf welche Weise das Grenzregime der EU schon weit vor den geografischen Grenzen beginnt, erläuterte Fabiane Baxewanos. Durch den Wegfall des Botschaftsasyls (in Österreich 2004 abgeschafft) bleibt Flüchtlingen keine andere Möglichkeit, als „illegal“ einzureisen.

An der den ersten Tag beschließenden Podiumsdiskussion konnte aufgrund des wieder aufgenommenen „Schlepperprozesses“ in Wiener Neustadt gegen einige Refugee-AktivistInnen („Votivkirchenflüchtlinge“) keiner der Angeklagten teilnehmen. Stattdessen berichtete der aus Somalia stammende Yusuf Said Haibeh über seine Erfahrungen mit der Kriminalisierung von Hilfeleistungen für ebenfalls geflüchtete Bekannte.

Wolfgang Schellenbachers Referat über Wege in die Tschechoslowakei in den 1930er und 1940er Jahren eröffnete den zweiten, zum Großteil die NS-Zeit behandelnden, Symposiumstag im Semperdepot der Akademie der bildenden Künste. Der „Judenschlepper“ Josef Schleich brachte, wie Heimo Halbrainer ausführte, nach dem „Anschluss“ ca. 1500 Personen über die österreichisch-jugoslawische Grenze; für ihn war Gewinn jedoch das Hauptmotiv, in der Forschung wird Schleich deswegen sehr kritisch beurteilt. Victoria Kumar sprach über die illegale Flucht nach Palästina, die Alija Beth, die 1939 an Umfang zunahm; auch Gabriele Anderl nahm auf diese Fluchtbewegung anhand der Person Berthold Storfers Bezug, der mehrere Tausend Personen durch die Organisation von Schiffstransporten rettete. Paolo Veziario sprach über die Fluchthilfe für großteils österreichische Juden und Jüdinnen an der italienisch-französischen Grenze. Mit jener zwischen Vorarlberg und der Schweiz beschäftigten sich Edith Hessenberger, Michael Kasper und Alfons Dür.

Das letzte Panel des Tages lenkte den Blick auf außereuropäische Schauplätze: Ines Kohl beschrieb das transnationale „Schmuggel“-Netzwerk der Tuareg, *afrod*, Xavier Goffinet die Reaktion von Indonesiens Rechtsprechung auf die große Anzahl an Flüchtlingen, die meist versuchen, weiter nach Australien zu gelangen.

Nach Impulsreferaten zu Varian Fry, Paul Grüninger, einer Ausstellung zu Fluchthilfe an der Berliner Mauer und dem Projekt *Alpine Peace Crossing* führten die Vortragenden Giorgia

Sogos, Stefan Keller, Clemens Villinger und Ernst Löschner mit Autorin und Journalistin Susanne Scholl ein Gespräch zur, oft späten, Rehabilitierung von FluchthelferInnen.

Die erste Hälfte des letzten Symposiumstags war der aktuellen Situation an Europas Außengrenzen gewidmet. Agata Joanna Lagiewka brachte anhand zweier Spielfilme ihre Überlegungen aus kulturwissenschaftlicher Sicht ein. In von Herbert Langthaler geführten Interviews mit Flüchtlingen zeigte sich, dass selten von den, in der Presse oft bemühten, „internationalen Banden“ gesprochen werden kann, meist handelt es sich um eine Art Relais-System – für jede auf der Flucht nach Europa zu überwindende Grenze wird die Hilfe einer weiteren Person benötigt. Elias Bierdel berichtete über Recherchen zu seinem Dokumentarfilm *Europa – hart an der Grenze*, der die Fluchtroute aus der Türkei nach Griechenland über die Ägäis behandelt. Wo der Weg über das Meer besonders kurz ist, gehen die griechischen Grenzschützer umso brutaler gegen Flüchtlingsboote vor. Nach dem Screening des Films *Keine Insel* diskutierten Regisseur Fabian Eder und Produzentin Katharina Stemberger, Fabiane Baxewanos, Elias Bierdel und Gilles Reckinger mit Irene Brickner, unter anderem über das Ende der italienischen Aktion „Mare Nostrum“ Anfang November, das eine erneute Zunahme der Todesopfer auf dem Mittelmeer befürchten lässt.

Den Staat als Schlepper thematisierten Charmian Brinson und Marian Malet. 1935 wurde der deutsche Journalist Berthold Jacob aus der Schweiz ins nationalsozialistische Deutschland entführt; er wurde zwar freigelassen, 1941 aber ein weiteres Mal gefasst und starb 1944 in Gefangenschaft. Edda Engelke beschrieb die stark divergierenden Abläufe der Flucht nach Österreich aus Ungarn und Jugoslawien zur Zeit des Kalten Krieges.

In seinen Schlussworten kam Fritz Hausjell nochmals auf die Aktualität des Themas zu sprechen – zeitgleich mit der Tagung begann am 13. Oktober die EU-Aktion „Mos Maiorum“, an der fast alle Mitglieder des Schengenraums teilnahmen. 18.000 PolizistInnen sollten bis 26. Oktober an Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten durch Stichproben „illegale“ MigrantInnen erfassen. Während dies offiziell – und erst nach der Veröffentlichung eines internen Dokuments durch eine britische NGO – mit der Bekämpfung von Schlepperei begründet wurde, deren Wege auf diese Weise besser dokumentiert werden sollten, sprachen Flüchtlingshilfsorganisationen von einer Jagd auf *Sans Papiers* auf Basis von *racial profiling*.

Dass die Politik von potentiellen Zufluchtsländern, in der NS-Zeit wie heute, auf die Abwehr von Flüchtenden anstatt deren Aufnahme und Betreuung abzielt, kam in den Beiträgen und Diskussionen oft zur Sprache. Daher wird auch Fluchthilfe weiter nötig bleiben. Die Tagung konnte deren vielfältige Formen aus differenzierten wissenschaftlichen, künstlerischen und aktivistischen Positionen in den Blick nehmen und so hoffentlich zu einem besseren Verständnis dieses komplexen Phänomens beitragen.

Simon Usaty, Wien

Einweihung Gerda-Taro-Platz in Stuttgart: Ein Platz für die Fotografin

Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat mit der Taro-Biografin Irme Schaber am 18.11.2014 den neugestalteten Gerda-Taro-Platz eingeweiht. Der Platz erinnert an die Stuttgarterin, die nach Paris emigrierte und 1937 im Spanischen Bürgerkrieg ums Leben kam.

Die Wege sind neu angelegt, Texttafeln informieren über ihr Leben und Werk, eine Skulptur des Bildhauers Erich Hauser ziert die Grünfläche: So sieht der Gerda-Taro-Platz heute aus. Die Stuttgarter Fotografin stand lange im Schatten ihres weltberühmten Kollegen und Lebensgefährten Robert Capa.

Gerda Taro gilt heute als wegweisende Pionierin der Fotografie. Im Spanischen Bürgerkrieg schuf Taro zusammen mit Robert Capa und „Chim“ David Seymour die moderne Kriegsfotografie. Mit ihren Bildern bezog Gerda Taro klar Stellung gegen Franco und Hitler,